

Ostlands

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Girschel u. Dr. Franz Lüdtke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin W. 30.

Erscheint wöchentlich, einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährl. 1.50 M. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. **Anzeigenpreis:** Für jeden Millimeter Höhe der Spalten: Zelle 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr. 42.

Berlin, 14. Oktober 1932.

| 13. Jahrg.

Jahrb., S. 497. Die Rüfe des politischen Widerstandes, S. 498. Vor der polnischen Befreiung in Preußen. — Keine politischen Sozialfragen mehr. — Die Erziehung des Deutschen Mittelstandes nach dem Kriege. — Deutsche Schule in Polen. — Was kann jetzt Bödingen? — S. 501. Adolph Oskar Laro. — Tolkes Ausflug auf deutsches Land. — Die Erziehung des Deutschen Mittelstandes nach dem Kriege. — S. 502. Ein Beitrag zur Entwicklung des Deutschen Mittelstandes. — S. 503. Der Befreiungskampf des Deutschen Mittelstandes.

Die Krise der polnischen Minderheit.

Mit gutem Grund hatten die Feindmächte in Verfolgung darauf neugeteilt, Deutschland (außerhalb des oberstleiblichen Abstimmungsgebietes) einen Minderheitslandesbezug aufzuwerfen. Sie hätten sich die Gelegenheit, den geflügelten Vogeln auch noch aus mitschärfster politischem Gebiete zu binden, ganz genügt nicht entgehen lassen, wenn sie die notwendige Vorauseitung hierzu, nämlich eine nationale Minderheit, gefunden hätten. Dab die Maßnahmen keinen Einpruck auf eine nationale Sonderstellung innerhalb des preußischen Staates und der deutschen Kulturreichseinheit erheben, haben sie in der Abstimmung von 1920 gesiegt. Und was es in Deutschland an polnischen Minderheitsorganisationen gibt, das geht, weil es aus jahrelangjährig schwache Splittergruppen ohne eigene, beständige Lebenskraft aufgebaut ist, allmählich der inneren Auflösung entgegen. Zum mindesten kann man sagen, daß die politische Minderheit i. S. eine schwere Kerze durchmacht. Der organisatorische Zerfall der polnischen Minderheit hat seit Ende 1931 erhebliche Fortschritte gemacht. Von Oppositoren gegen das „Saitler Recipiat“ in Berlin unter „Gloss Polka“ zu Berlin“ in Überseelien von der „Saitler-Gruppe“

die etwa 1500 Kinder, die die Polen seit Anfang 1929 bis heute für ihre Schulen gewonnen haben, sind — gemessen an der umgehendigen Bewerbung, die sie entfalten konnten und entfaltet haben — doch ein recht klagloses Ergebnis. Wie soll ein Undefangener dem Gedanke von den 15 Millionen Polen in Preußen noch Glauben schenken, wenn es die Minderheit selbst in den Siedlungen, die angeblich aus einer polnischen Mehrheit bestehen finden, nicht fertiggebracht hat, eine quantitativ und qualitativ beachtliche Schulsystem zu errichten? Jeder vernünftige Mensch kann aus diesem Ergebnis einer mehrjährigen intensiven Werbepolitik für die polnische Schule nur die Folgerung ziehen, daß das Potentium in Preußen eine verhältnismäßig bedeutungslose Angelegenheit ist und daß die Holzwälder ganz recht hatten, als sie jenseits davon vertraglich festgeschrieben, daß die oberschlesischen Ainderheitsstaatsverträge aufzuliegen. Die Schulmöglichkeiten der Minderheit haben in diesen heute im wesentlichen eröffnet. Doch mehr: Ein erheblicher Teil der bereits bestehenden polnischen Schulen befindet sich als lebensunfähig erweisen. Um so mehr ist Minderheitsschule ein gebit die einen Eindruck von der tatsächlichen Lage vermittelt.



Prof. Dr. Raemmer.

Der „Ostdeutsche Heimatkalender“ für 1933 ist erschienen!
(Bestellt ihn sofort, Bestellgut Seite 507.)

ist die Wirtschaftskrise im Deutschland naturgemäß auch auf den Angehörigen der Minderheit und ihren Einrichtungen, den Volksbanken und Rosikäten, nicht spurlos vorübergegangen. Die noch vor einigen Monaten hoffnungsfreudig angekündigten Befreiungen zur Schaffung eines vereinnten Bankinstitutes der polnischen Minderheit sind offenbar im Sande verlaufen. Die polnische Volksbank in Beuthen ist in Schwierigkeiten geraten. Die Majurische Volksbank in Osterzburg ist wohl noch der „Polnischen Zschadie“ nicht in Konkurs gegangen, sondern hat sich mit der Volksbank in Altenstein, die gleichfalls nicht mehr ganz sicher zu sein scheint, fusioniert; doch plagen beide Zfusionen recht häufig nur das Mittel zur Abwendung des jetzt unvermeidlichen finanziellen Zusammenbruches zu seyn.

Je mehr sich die polnischen Minderheitsschüler der Schwäche ihrer Position bewusst werden, um so stärker wird ihr Bedürfnis, von sich reden zu machen. Sie treten bei den kommenden Reichstagssitzungen wieder mit einer eigenen Liste auf, aber nicht deshalb, weil sie vielleicht die Hoffnung haben, auf diesem Wege ihre drei Hauptziele, das polnische Vistum, Oppeln, das polnische Gymnasium in Beuthen und die polnische geistliche Akademie in Oberelschien, erreichen zu können, sondern weil sie befürchten, daß ihnen nach den Riedertagen vom April und Juli dieses Jahres eine Nichtbeteiligung an dem neuen Wahltag als ein Eingeständnis mangelnder Existenzberechtigung eingeschöpft werden kann. „Wir schließen uns nicht vom politischen Zentralwahlausschuß vom 2. Oktober.“ „Wir müssen vor der ganzen Welt bekunden, daß wir da sind.“ „Dieser Wunsch zu zeigen, daß wir da sind“, hat die Söhne der polnischen Minderheit auch dazu veranlaßt, sich mit einer Reihe von Beschränkungen über an-

gebliche Mängel der preußischen Minderheitspolitik an das Forum des Wörterbundes zu wenden. Sie haben sich in diesen Tagen befreimendweise nicht auf die Darstellung angeblicher deutscher Verhältnisse gegen das im oberösterreichischen Abstimmungsgebiet geltende Gesetz abkommen bestrickt, sondern sich auch über allerlei belästigende und längst beigelegte „Zwischenfälle“ beschwert, die sich außerhalb des Geltungsbereichs dieses Abkommen ereignet haben und die, da Deutschland keinen Minderheitenschutzauftrag unterlegt, den Wörterbund gar nichts angehen. Dabei muß folgendes festgestellt werden: Es hat in den letzten 3½ Jahren kaum einen Minderheitenskandal im Preußen gegeben, der nicht in direktem Zusammenhang mit dem durch die preußische polnische Minderheitsschul-Verordnung ermöglichten polnischen Schulwechsel steht. Der „Zoll-Ostlandstreit“, bei dem die Polen aus einem Propagandamord des „Stochheim“ einen „Überfall auf ein polnisches Kinderdorf“ konstruierten, der „Zoll-Jedwabne“, bei dem sich majurische Dauern gegen die Methoden der polnischen Schulagenten auflehnen, der „Zoll-Trikoloden“, bei dem polnische Eltern ihre eigene Schule vermisselten und dann beobachteten, daß die Trümpfe fehlten, die Eltern gesetzen, und manche zärtliche „Säße“ mit denen die polnische Presse jetzt ihre heftigste Propagande betreibt, nennen nicht geschahen, wenn die frühere preußische „Zupacke“ des polnischen „Kulturvereins“ nicht in unangefochtener Weise die Möglichkeit gegeben hätte, durch ein Schulsystem, das materiell und persönlich eine künftige Schöpfung darstellt, Unzufrieden und irredentistische Propaganda in die preußischen Ostkreisen zu tragen.

Dr. R.

Vorerst kein polnisches Gymnasium in Beuthen.

Amfang Oktober sollte in Beuthen ein polnisches Privatgymnasium eröffnet werden. Zu diesem Zwecke ist das Gebäude des „Rokotik“, des in voriger Jahr eingegangenen Beuthener Polenblattes, umgebaut worden; daneben haben die Polen zunächst für fünf Jahre eine Villa gekauft, die als Internat für die auswärtigen Schüler und als Wohnstätte für die jährlich aus Polen herangezogenen Professoren dienen soll. Am 5. Oktober ist dem Polenbund jedoch von der zuständigen preußischen Stelle mitgeteilt worden, daß die Eröffnung des Gymnasiums voraussichtlich nicht möglich ist, da die nach der Genfer Konvention notwendigen Voraussetzungen noch nicht vorliegen. Der Landesverbandsrat des Polenbundes hat daraufhin an den Generalsekretär des Wörterbundes eine telegraphische Beschwerde gerichtet, in der es heißt: „Die polnische Minderheit in Oberschlesien ist darangegangen, ein polnisches Privatgymnasium im Einklang mit Artikel 97 der Genfer Konvention zu organisieren. Es sind alle Arbeiten durchgeführt worden, die zur Eröffnung des Gymnasiums Anfang Oktober notwendig waren. Das Gebäude wurde den Anforderungen der deutschen Behörden angepaßt, das Lehrprogramm und eine vollständige Liste des Lehrkörperns sind den Behörden vorgelegt worden. 100 Schüler, die bisher in Polnisch-Oberschlesien vorwiegend in Lublin, Unterkunft erhielten, sind jetzt ohne Unterricht und warten auf die Eröffnung des Gymnasiums.“ „Das Lubliner Gymnasium wurde im Juli geschlossen.“ Schließlich wird in der Beschwerde der Volkerbund um Unterstützung bei den Bewilligungen des Polenbundes um Erlongung der Schulkonzession vor Beendigung der Ferien, d. h. vor dem 12. Oktober, gebeten.

Mit dem Gymnasium in Beuthen möchte die polnische Minderheit ihm in den leichten Jahren erreichbare Elementar-Schulbildung eine Oberstufe pflegen. Merkwürdig mutet es dabei an, daß sie die Eröffnung dieses Gymnasiums gerade in einer Zeit betrachtet, in der der Volksschulunterricht bereits wieder zu perfektion beginnt. Nicht anders als bei den Volksschulen, kann es sich bei dem Beuthener Gymnasium nur um eine künstliche Schöpfung handeln, die mehr politisch-propagandistischen Zwecken dient, als ein wirklich vorhandenes Bedürfnis befriedigt. Man sollte meinen, daß die polnische Minderheit alles daran setzt, dieses ist einziges Gymnasium einer vorbildlichen Bildungsstätte für die polnische Jugend in Deutschland auszubauen, und daß sie daher besonders Sorgfalt auf die Auswahl der dort eingesetzten Lehrkräfte verwendet. Das scheint jedoch nicht der Fall zu sein: Als Direktor des Gymnasiums ist nämlich ein Mann in Aussicht genommen, der nur in einem einzigen Fach, nämlich in Geographie, die Lehrbefähigung besitzt und somit noch deutlichen Vorstellungen, keineswegs vor Leitung eines Gymnasiums humanistischen Typs geeignet erscheint. Weiter ist zur Erteilung des Deutschunterrichts am polnischen Gymnasium ein Mann vorgesehen, der, wie die „Oberdeutsche Morgenpost“ erfuhr, vor der Polener Prüfungskommission ausgeschieden in Deutsch die Note „Ungeniengend“ erhalten hat. Es sieht fast so aus, als ob die Schüler des geplanten polnischen Gymnasiums die deutsche Sprache besser beherrschten als der Lehrer, der sie ihnen beibringen soll. Sicher ist jedenfalls, daß ein Teil der in Frage kommenden Schüler besser deutsch als polnisch spricht.

Der polnische Schulverein hatte den Antrag auf Eröffnung des Gymnasiums bei der Oppeler Regierung am 1. August d. J. gestellt. Nach den frühen Erfahrungen, die Deutschland mit den aus Polen importierten nationalpolnischen Lehrkräften in politischer Hinsicht gemacht hat, sehen sich die Behörden natürlich gespannt, vor Erteilung der Konzession gewissenhaft zu prüfen, ob diese Lehrkräfte die Gewähr einer loyalen Berufsausübung bieten. Ebenso sind die vorgesehenden Lehrbücher daraufhin zu prüfen, ob sie nichts Deutschland Schädigendes

oder Herabsetzendes enthalten. Unter diesen Umständen ist mit der Eröffnung des Gymnasiums nicht vor dem 1. April nächsten Jahres zu rechnen, zumal der polnische Schulverein bisher noch nicht einmal den notwendigen Antrag auf dawolpolsche Abnahme des umgebauten Rokotik-Gebäudes gestellt hat. Bei der Prüfung der polnischen Anträge auf Eröffnung des Gymnasiums wird u. a. auch der Artikel 14 des Schulprotokolls zum Genfer Abkommen zu beachten sein. Dieser Artikel sieht fest, daß die Belehrungen des Abkommen über das mittlere und höhere Schulwesen (Artikel 116—130) unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit perspektivisch sind. Deutschland ist also berechtigt, bei der Errichtung des Beuthener Polen-Gymnasiums diefeindliche Einschränkungen zu machen, die Polen jederzeit bei den entsprechenden Schulen der deutschen Minderheit in Oberschlesien für angebracht hält. Das ist z. B. einschließlich der Lehrkräfte von Bedeutung: An den höheren Schulen der deutschen Minderheit in Oberschlesien muß nach polnischer Bestimmung der Lehrer ein Staatsangehörige sein und dürfen die Geschäftsführer (Deutsch, Religion, Geschichte und Geographie) nur von polnischen Staatsangehörigen ausgeübt werden. Diese polnische Praxis auf das Beuthener Gymnasium übertragen, würde bedeuten, daß nun den fünf für dieses Gymnasium bestimmten Lehrern vier nicht in Frage kämen, weil sie nicht deutsche Staatsangehörige sind. Einem Auspruch auf Errichtung einer öffentlichen höheren Schule besteht die polnische Minderheit nicht. Denn eine öffentliche höhere Schule mit der Minderheitssprache als Unterrichtssprache ist Deutschland nach dem Artikel 118 der Genfer Konvention nur an den Orten, in denen eine höhere staatliche bzw. kommunale Schule mit deutscher Unterrichtssprache besteht, zu errichten verpflichtet, wenn ein von den Entscheidungsberechtigten von mindestens 300 Schülern unterschriebener Antrag vorliegt. Diese Voraussetzung ist für die polnische Minderheit nicht gegeben. Es bleibt ihr also nur die Möglichkeit, eine private höhere Schule zu gründen, bei der die Behörden nicht das Recht haben, die Errichtung der Konzession von dem Nachweis eines Bedürfnisses abhängig zu machen.

In Artikel 98 wird dann weiter bestimmt, daß die Behörden dem Betrieb einer Privatschule oder Privatunterrichtsschule erlauben müssen, wenn eine Reihe von Bedingungen erfüllt sind, wenn nämlich erstens die für die Sicherheit der Kinder geltenden hygienischen und moralischen Vorschriften erfüllt sind, wenn zweitens die Lehrer die Lehrbefähigung in einem jeden Staat besitzen, in dem betreffenden Staatsgebiet wohnen (wobei das, sie dessen Staatsangehörigkeit zu besitzen brauchen) und deren Beruf nicht zu staatsanständiger Tätigkeit mißtrauen. Nach Artikel 101 darf die Belehrung einer polnischen Privatschule in deutschem Abstimmungsgebiet den dort wohnenden polnischen Staatsangehörigen nicht verboten werden. Die Privatschule kann also nicht nur von polnischen Minderheitangehörigen, sondern auch von polnischen Staatsangehörigen, die jedoch in Beuthener Schlesien ansässig sein müssen, befürwortet werden. Die Polen scheinen jedoch die Absicht zu haben, auch Schüler, die nicht der Minderheit angehören, aus Oberschlesien zum Beispiel ihres Beuthener Gymnasiums heranzuziehen.

Keine polnischen Sachsgänger mehr.

Wie der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitsförderung berichtet, konnten in diesem Jahre ausländische Landarbeiter durch einheimische Arbeitskräfte ersetzt werden. Nach Mitteilung der Arbeitsbeschaffungsämter besteht noch heute ein Überfluß sozialer Landarbeiter, die auch ausbreitenden Arbeitskräften, die für eine Arbeit in der Landwirtschaft geeignet sind.

Der „Ostdeutsche Heimatkalender“ für 1933

bringt in Wort und Bild interessantes lehrreiches Material über Land und Leute der Ostmark; er klärt über die Geschichte des Orients und seine Bedeutung für unser Vaterland in überzeugender Weise auf, beleuchtet die deutsche Kultur des Orients und die Mission des dortigen Deutschtums. Er bietet außerdem ostmarkische Unterhaltungsspass in reichster Fülle. Als wirkungstvolles Werbemittel für den deutschen Osten

ist er in hervorragendem Maße geeignet. Bestellungen sind sofort an die Kuraturabteilung des Deutschen Ostbundes zu richten. (Postfachendeck Berlin 104 726). Preis für Nichtmitglieder nur 1,50 RM., für Ostbundmitglieder nur 1,20 RM., jährlich 15 Pl. Postgebühr. Die Ortsgruppen erhalten bei Sammelbestellungen erhebliche Preisermäßigung.

Der Minderheitenschutz vor dem Völkerbund.

In der Politischen Kommission der Völkerbundversammlung hat der deutsch Delegierte, Gouverneur von Rostenburg, erneut die Ausgestaltung des Minderheitenschutzverfahrens gefordert, das sich bisher in keiner Weise bewährt hat. Die Gründe für das Verfolgen des Genfer Minderheitenschutzes liegen noch den Ausführungen des deutschen Vertreters darin, daß die beschworenden führenden Minderheiten nicht dazu gehört wird; 2. in der Schwierigkeit des Geschäftsjahres und 3. in der durch ein Verlangen der bestehenden Regierung leicht herbeizuführende Ausschaltung der Öffentlichkeit. Der deutsch Delegierte lebt für die Verurteilung einesständigen Minderheitenausschusses ein, dessen Mitglieder aus Staaten genommen werden müssen, die nicht an der Minderheitfrage unmittelbar interessiert sind. Die einzige Sorge des deutschen Vorstehers war ein Vertrag, in dem der Delegierte Urugways als Vertreterstaat die von den verfeindeten Staaten vorgebrachten Anregungen zur Ausgestaltung des Minderheitenschutzes zusammenfaßte. Besonders hervorzuheben ist, daß der Bericht die Schaffung einesständigen Minderheitenausschusses beim Völkerbund von der vorherigen Ausdehnung des Minderheitenschutzes auf alle Minderheiten abhängig macht. Man kann schwer verstehen, warum der deutsch Delegierte diesem Pausus zugestimmt hat. Es ist nämlich eine alte Forderung der Polen, daß die Minderheitenschutzeinführung, die ihnen von den Weimärkten auf Grund des Art. 93 des Verfaßter Votaktes durch den Minderheitenschutzevertrag vom 28. Juni 1919 aufgelegt worden sind, auch auf Deutschland ausgehent werden. Sie vertreten dabei, wie das erst kürzlich wieder Stanislaus Stroński im „Kurier Pomorski“ getan hat, die These, daß Deutschland sich in seiner am 29. Mai 1919 an die Votaktkonferenz gerichteten Note verpflichtet habe, bei sich

den Minderheiten dieselbe Sicherheit zu gewähren, die der deutschen Minderheit in Polen gewährt wurde. Von einer solchen Verpflichtung ist gar keine Rede. Dann die Note, auf die sich Stroński bezieht, enthält die deutschen Gegenvorschläge zu den Friedensbedingungen des Gegners; sie ist kein formgerechtes Vertragsangebot von deutscher Seite gewesen. Wenn Stroński behauptet, daß die in dieser Note enthaltene Verpflichtungsklärung Deutschlands, die fremdmüglichen Minderheiten auf seinem Gebiete nach den gleichen Grundsätzen zu behandeln, eine bindende deutsche Verpflichtung darstelle, dann müßte er auch zugeben, daß die polnischen anderen Vorschläge, die Deutschland in dieser selben Note gemacht hat, gleichfalls bindendes Recht sind, das also j. v. auch in dieser Note geforderte Volksabstimmung für alle obstruktiven Gebiete und die deutsche Weigerung, die Provinz Westpreußen und die nördlichen und westlichen Kreise der Provinz Polen aus seinem Staatsverband zu entlassen, eine vertragliche Bindung darstellen. Wie sieht also dabei, daß Deutschland hinlänglich des Schutzes der nationalen Minderheiten seines Gebietes keinerlei Verpflichtungen aufgelagert worden sind? Lediglich im Bereich des oberösterreichischen Abstimmungsgebietes gelten bis 1937 die Minderheitenschutzeinrichtungen des Genfer Abkommens von 1922. Was Deutschland bestimmt, Preußen aufzuhören dieses Gebietes an Maßnahmen zur Förderung und zum Schutz der Minderheiten durchgeführt hat, ist freiwillig gelassen, und keine internationale Einholung hat das Recht, gegen einen etwaigen Abbau dieser Maßnahmen, der sich als notwendig und ratsam erwiesen sollte, Bekämpfung zu führen. Bei dieser Schlage kann man die Zustimmung des deutschen Regierungsvorstellers zu dem Bericht, der die Ausdehnung des internationalen Schutzes der Minderheiten auf alle Staaten anträgt, nur als eine Verpflichtung der deutschen Minderheitenfrage bezeichnen.

Die deutsche Schulnot in Polen.

Die „Deutsche Rundschau“ in Bromberg veröffentlichte am 4. Oktober einen Artikel über die Verbesserung des deutschen Schulwesens in Pommern, in dem sie einen zusammenfassenden Überblick über die neuen polnischen Maßnahmen gegen die deutschen Schulen in Dirschau, Konitz, Memel und Brandenburg gab. Dem Bericht entnehmen wir folgende Einzelheiten:

Am 29. September wurde dem Deutschen Schulverein in Dirschau ein Beschluss des Kurausschusses vom 19. September mitgeteilt, in dem die Errichtung einer privaten deutschen Volksschule in den Räumen des liquidierten deutschen Programmschuls mit der Begründung verweigert wurde, daß diese Räume für den Schulgebrauch nicht genügen. Zu der Gesichter der Dirschauer Schultrödöle ist folgendes zu bemerken: Am Beginn des Jahres 1931 gab der bisherige Leiter und Konzessionsinhaber des deutschen Programmschuls seinen Rücktritt bekannt. Sein Nachfolger, der sofort bestellt wurde, reichte umgehend einen Konzessionsantrag ein, der erst kurz vor Beginn des neuen Schuljahrs (September 1931) mit der Begründung abgelehnt wurde, daß die Räume des Gymnasiums nicht ausreichten, obwohl der Dirschauer Schulerverein mit großen Kosten allen baulichen Forderungen, die vorher gestellt worden waren, entsprochen und überdies das Plan zu einem Schulneubau vorgelegt hatte. Dieser Plan ist jetzt am 3. Oktober abgeschlossen worden mit der Begründung, daß – die Klassenzimmer nicht genau benannt seien. Das Dirschauer Programmschulgebäude wurde am 2. September 1931 geschlossen. Seitdem sind die 142 Schüler der Anzahl ohne geringste Schulunterricht. Alle Verschönerungen blieben erfolglos. Nunmehr ist auch, wie erwähnt, der Anfang Februar 1932 eingereichte Antrag auf Errichtung einer siebenklassigen deutschen Volksschule der Ablehnung verfallen. Die Begründung dieser Ablehnung, daß nämlich die Räume „nicht ausreichend“ seien, erhobt eine eigenartige Beleidigung durch die Erfache, daß der Dirschauer Magistrat die gleichen Räume, die für die deutsche Schule nicht mehr geeignet sein sollen, einer polnischen Handelschule überreichen hat, wobei man auf polnischer Seite anstrebt keine Zurthi botte, daß dies beiden baulichen Bedenken vom Kurausschuss auch gegen eine polnische Schule ins Tressen geführt werden könnten.

Auch in Konitz gab es – ebenso wie in Dirschau – ein deutliches Programmschul, das heute nicht mehr besteht. Als am 23. März 1932 der langjährige Rektor und Konzessionsinhaber dieser Schule gefordert war, reichte der vom Deutschen Schulverein in Konitz ernannte Nachfolger einen Konzessionsantrag ein, der bisher noch nicht erledigt wurde. Die Schule, die noch 163 Schüler

säßt, wurde geschlossen, trotzdem der Schulverein freiwillig einen Erweiterungsbau angemeldet hatte. Die einstweilige Weiterführung der Schule wurde mit der Gründung verlängert, daß das Gelehrte keine Handhabe dafür hätte.

In Thorn hat die deutsche Minderheit im letzten Jahre ein neues Schulgebäude errichtet, das aber nicht benutzt werden darf, trotzdem es allen Anforderungen genügt. Das Kurausschuss lehnt nämlich die Errichtung der Schule ab, solange kein Schulhaus besteht, und die Verwaltungsbehörde wiederum verlängert dem in jeder Hinsicht einwandfreien Gebäude die Anerkennung als Schulhaus, solange die Schule noch nicht genehmigt wurde!

In Thorn sind die Schulgebäude nicht ideal. Das gilt übrigens nicht allein für die deutschen, sondern auch für die polnischen Schulen. Aber die polnischen Schulen haben weniger polnische Lehrer, während die deutschen Lehrer der deutschen Schulen systematisch entlassen werden. Das staatliche deutsche Gymnasium in Thorn, das einzige in seiner Art in Pommern, das aus staatlichen Mitteln unterhalten wird, hat mit Beginn des Schuljahrs drei deutsche Lehrer, darunter den Direktor, durch Entlassung verloren. Von elf Lehrkräften unterrichten jetzt nur noch vier deutsche Lehrer an dieser Aufsicht, deren Existenz man von polnischer Seite in Thorn oft und gern als bedenkliches Toleranzmaß hinzustellen beliebt.

Und nun zu Graudenz. Hier steht die herzlich aufgebauten Goethe-Schule, die thierschreien nach amtlichem polnischen Zeugnis in Polen kaum haben dürfte. Sie war die einzige private deutsche Schule Polens und Pommerns, der man das Öffentlichkeitsrecht zugestellt hatte, die einzige deutsche Mittelschule in ehemals preußischen Teilgebiet, die hinsichtlich der Prüfungen wirklich gleichberechtigt war. (Die Abiturienten der anderen Anstalten müssen sich der schwierigen Examen-Prüfung unterziehen.) Raum sind die warmen und ehrfürchtigen Denkmalsmotive, die man dem Staat für diese hohe Kunst der Gleichberechtigung bei Einweihung der Goethe-Schule ausgesprochen hat, da wird dieser das Öffentlichkeitsrecht wieder entzogen, ohne daß sich vorher Schulleitung und Schulverein gegen den Vorwurf verteidigen könnten, daß sie Einsicht in „dritter Seite“, gemeint ist natürlich Deutschnah, zugänglich gewesen seien!

Wie Deutschnah haben den Schaden, so schließt die „Deutsche Rundschau“, aber das polnische Volk hat keinen Augen davon.

Danzig in Not.

Was kostet Säulen?

Die politische Regierung hat kürzlich mit dem belgisch-französischen Bankenkonsortium, das seit 1924 den Hafen von Sowohl mit Hilfe der Deutschen Baustrasse als auch mit Sowohl mit Hilfe der Deutschen Baustrasse gebaut, den dritten Trag- genommenen, sogar den vierten Bauvertrag geschlossen, mit dem der Bau von Gdingens seiter Abwesenheit finden soll. Der erste Bauvertrag wurde am 4. Januar 1924 abgeschlossen, der Bau begann eines Tages später und endete im August 1925. Es folgte noch 1925 ein weiterer Bauvertrag für den Bau eines südlichen Hafenteiles, dann 1929 ein weiterer über den zweiten Bauabschnitt für den Bau des Industriekanals und des zweiten inneren Hafenbeckens und schliesslich der dritte Bauabschnitt für einen Betrag von 27 Mill. £, der die Herstellung einer grossen Schuhmole und des weiteren Ausbaus des inneren Hafens mit Fortschaffung des Frachthofs vor sieht. Der erste Bauabschnitt ist 1931 beendet worden, der zweite wird im nächsten Jahr und der letzte 1935 beendet sein, so dass sich eine Bauzeit von insgesamt 15 Jahren ergeben würde, während die gesamten Baukosten nur für die Hafenbauten sich auf 165 Mill. £. oder über 80 Mill. RM. belaufen würden. Dabei sind aber die gesamten Kosten für die Bauanlagen, die auch noch ungefähr 50 Mill. £. betragen, die Kosten für das Kühlhaus, für die Speicher und Kräne mit mindestens 35 Mill. £., also ein Teil der Kosten für kleinere Einzelanlagen im Hafen, die Kosten für das Ausfuhrverlager, für die Rohtaufer und manches anderes nicht mitgerechnet. Auch an privaten Dauern nur für den Hafenverkehr (nur Privatdauern) sind etwa 10 Mill. £. aufgewendet worden. Rechnet man dieses alles zusammen, so ergibt sich eine Gesamtkosten von etwa 300 500 Mill. £. Zu den Kosten für Gdingen muss man aber auch noch die Baukosten für die Eisenbahnlinie Oberflächen - Gdingen hinzurechnen, so dass man schon zu einer halben Milliarde £. kommt. Ob damit aber alle Kosten für den Ausbau bis zum Schluss erschöpft sind, erscheint mindestens fraglich. So will man jetzt noch wieder den Passagiervorhaben im Hafen bauen, man will einen beladenen Holzhafen einrichten usw., so dass leicht noch 20 bis 30 Mill. £. hinzukommen. Schliesslich muss man zu Gdingen der ja auf die Dauer doch kein Erfolg sein kann, auf reichlich 650 Mill. £., die man restlos hätte erproben können. Sie diese 650 Mill. £., die nicht eine Blüte des Seehandels, wohl aber politischen Unfrieden und wirtschaftliche Rückgang gebracht haben, und von denen ein großer Teil für Hafenbauten, Märschinen und Schiffe aus das Ausland gegangen ist, hätte man den ganzen Wechselraum auch in zehn bis fünfzehn Jahren durchführen und damit Segen für das ganze Land schaffen können. Kennenswerten Augen haben diese 650 Mill. bisher nicht gebracht, denn Gdingen hat nur einen schon vorhandenen Handel auf taurer und schlechter Wege abgeleitet, hat Danzig geschädigt, aber Polen nichts genützt.

Die Entwicklung des Danziger Güterumschlages.

Doch in der Rohrkriegszeit der Hafenwerke in Danzig gegenüber dem Jahre 1912 eine Zunahme erfahren hat, ist unbestritten; allerdings ist das Anwachsen des Danziger Seeverkehrs nicht mit einer entsprechenden Entwicklung der Danziger Wirtschaft identisch, wie es die Polenpropaganda im Auslande so gern behauptet. Der weiteste grösste Teil der in der Rohrkriegszeit über den Danziger Hafen gegangenen Wareverkehrs ist lediglich Durchgangsverkehr gewesen, der sich unter Aushaltung des Danziger Importeurs oder Exporteurs vollzogen hat. Allein die Feststellung, dass seit 1926, dem Jahre des Ausbruchs des englischen Bergarbeiterstreiks, die Kohle das Volumen des Danziger sämtlicher Warenverkehrs überholt, kennzeichnet den Weg, den der Danziger Hafen nach dem Kriege genommen hat. Von dem im Jahre 1931 über den Danziger Hafen insgesamt gegangenen 8,5 Mill. £. Co. entfielen nicht weniger als 5,7 Mill. £. Co. auf die Aufführung des Kohleumschlages. Zieht man dieses geringwertige Massengut von der Gesamtumschlagsmenge des Danziger Hafens ab, so lohnt sich feststellen, dass der Warenverkehr über den Danziger Hafen im Jahre 1931 nur wenig grösser gewesen ist als im Durchschnitt der letzten drei Vor-Kriegsjahre. Während bisher durch das Aufsteigen des Kohleexports über Danzig meangemessen ein Ausgleich für den Rückgang des Umschlages wertvoller Warenentgelten im Danziger Hafen geliefert wurde, bedeutet die Entwicklung des Danziger Hafens im 1. Halbjahr 1932 auch in dieser Beziehung einen Wendepunkt. Durch die Entwertung des englischen Pfundes auf Polen einen wesentlichen Teil seines bisher noch den kaufmännischen und den baulichen Märkten gegangenen Kohleexports verloren. In den ersten sechs Monaten 1932 ist die jahresjährige Kohlenumschlagsfläche über Danzig um rund 1,1 Mill. £. Co. geringer gewesen als in der gleichen Zeit des vergangenen Jahres. Unter diesen Umständen ist auf den bisherigen wertmässigen Rückgang des Waren-

verkehrs über Danzig nun auch ein besorgnisregender Rückgang der Warenmengen eingetreten.

Es liegt auf der Hand, daß die Ursachen für diese Entwicklung des Danziger Hafens in erster Linie in der Konkurrenz Świdnigs gegen Danzig zu suchen sind. Die politische Außenhandelspolitik läßt darüber weiteres erkennen, daß Polen gewollt ist, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln den Hafen von Świdnik auch dann in den polnischen Außenhandel einzuholen, wenn diese Einholung zu einem Verlust für den Danziger Hafen führen wird. Nachdem während der letzten 4 Jahre der Anstieg des Warenoerkehrs über die Danzig-polnische Seegrenze ausschließlich dem Hafen von Świdnik zugute gekommen ist, zeigt die politische Świdniger-Politik nunmehr die Tendenzen, den Rückgang des Warenoerkehrs über die Danzig-polnische Seegrenze ausschließlich auf Kosten des Danziger Hafens gehen zu lassen. Die beigefügten statistischen Angaben lassen die Wahrnehmung dieses Politik...wissen.

Der lebensfrische Warenverkehr Danzigs in Co.

	<u>Einfuhr</u>	<u>Ausfuhr</u>	<u>Warenverkehr</u>	<u>Gdingens in Co.</u>
1. Halbjahr 1930	514 925,9	3 547 824,6		5 862 250,5
1. Halbjahr 1931	349 868,9	3 536 851,0		3 886 719,9
1. Halbjahr 1932	183 394,0	2 525 945,6		2 507 539,6
er jeamtige				
	<u>Einfuhr</u>	<u>Ausfuhr</u>		
Halbjahr 1930	202 365	1 404 454		1 646 817
				9 865 000

1. Halbjahr 1951 273 607 2 022 169 2 295 776
 1. Halbjahr 1950 191 272 2 152 912 2 179 008

Anteil der Höfen Pannia und Odincow am gesamten über

Danzig-politische Segmente gegenwärtig	Warenmarktwert
1. Halbjahr 1930	70,6 v. H.
1. Halbjahr 1931	62,9 "
1. Halbjahr 1932	55,5 "
	46,5 "

Die Entwicklung des Danziger Güterumschlags.

Daß in der Vorkriegszeit der Hafenverkehr in Danzig gegenüber dem Jahre 1912 eine Summe erreichen hat, ist unbestritten; allerdings ist die Annahme des Danziger Seeverkehrs nicht mit einer entsprechenden Entwicklung des Danziger Wirtschaftslebens, wie es die Polenpropaganda „Ausland“ so gern behauptet. Der weitauft größte Teil der in der Vorkriegszeit durch den Danziger Hafen gegangenen Warenverkehrs ist lediglich Durchgangsverkehr gewesen, der sich unter Ausnutzung des Danziger Importeurs oder Exporteurs vollzogen hat. Allein die Feststellung, daß seit 1920, dem Jahre des Ausbruchs des englischen Bergarbeiterstreiks, die Höhe des Volumens des Danziger Binnenverkehrs beberstzt, kennzeichnet den Weg, den der Danziger Hafen nach dem Kriege genommen hat. Von dem im Jahre 1931 über den Danziger Hafen insgesamt gegangenen 8,5 Mill. t. entsprach nicht weniger als 5,7 Mill. t. Co auf die Ausfuhr von Kohle. Sieht man hierbei geringwertige Holzfässer von der Gesamtumschlagsmasse des Danziger Hafens ab, so läßt sich feststellen, daß der Warenverkehr über den Danziger Hafen im Jahre 1931 nur wenig größer gewesen ist als im Durchschnitt der letzten drei Vorkriegsjahre. Während bisher durch den Aufstieg des Kohleexportes über Danzig massengeschafft ein Ausgleich für den Rückgang des Umlaufs weiterer Warenarten im Danziger Hafen geliefert wurde, bedeutet die Entwicklung des Danziger Hafens im 1. Halbjahr 1932 auch in dieser Beziehung einen Wendepunkt. Durch die Entwertung des englischen Pfundes auf Polen einen wesentlichen Teil seines bisher noch den Staatsindustrien und den bulgarischen Märkten gegangenen Kohleexportes verloren. In den ersten sechs Monaten 1932 ist die jewölfjährige Kohlenausfuhr über Danzig um rund 1,1 Mill. t. Co geringer gewesen als in der gleichen Zeit des vergangenen Jahres. Unter diesen Umständen ist auf den bisherigen wertmäßigen Rückgang des Waren-

geworden.

Man vergleiche mit dieser Entwicklung des Danziger Hafens, die sich in den erwähnten Zahlen ausdrückt, die Worte, mit denen am 15. Februar 1920 der prorussische Hohe Kommissar des Volkerbundes, Sir Reginald Tower, sein Amt übernahm: Er versprach, daß die Zukunft „einen neuen glorreichen Abschnitt in der Geschichte Danzigs eröffnen werde, und soeben als eine überhauptige Stadt durch einen Aufschwung des Handelsverkehrs in ihrem vorzeitlichen Hafen sich zu unverzichtbarer Größe entfalten werde.“ Und am 15. November 1920 schloß der Vertreter Towers, der englische Oberst Strutt, die Ansprache, mit der er die Freie Stadt konstituierte, mit folgenden Worten: „Und jetzt spreche ich als Soldat zu Soldaten, denn fast alle von Ihnen sind Soldat gewesen, Soldaten der größten und bemerkenswertesten Arme, die die Welt jemals gesiegt hat: Die Welt braucht Freunde.“ Möglicherweise kann das öffentliche Europa darin ein Beispiel seien. Beide Völker mögen glücklich und zufrieden nebeneinander leben, wosfern und soweilen, durch gegenseitiges Vertrauen und Treuebfahlst bei gegenseitiger Unterstützung.“ Wenn man heute, nach zwölf Jahren, solche Worte wieder einmal liest, dann klingen sie vergleichbar mit der Wirklichkeit — wie bitter! Hohn. Wie ist „die glorreiche Zukunft“ geblieben, die Tower der Freien Stadt vorausgesagt hat? Und was ist aus der Treuebfahl, der den gegenseitigen Unterstüzung geschworen wurde? Sagen die beiden Mächte, was ist aus ihr?

* Ein weiteres Schlußwort ist oben

Ein polnisches Verkehrsbüro in Prag.
Am 1. Oktober ist in Prag ein polnisches Verkehrsbüro eröffnet worden, das eine Vertretung der polnischen Staatsbahnen und des Hafens Gdingen darstellt. Die Aufgabe des Büros ist es, eine Propaganda zu entfalten, die den Transitverkehr von und nach der Oderhafenstadt von den deutschen Seehäfen ablenken und sie auf Gdingen überleiten soll.

Die Ostgrenzenfrage.

Achtung, Ostcarcano!

Im Saalzonne hat die Regierung von Papenheimer eine noch recht umstrittene „Sitzung der Ostfragen“ eröffnet. Man geht wohl mit der Annahme nicht fehl, daß zwischen der Zustimmung Frankreichs zur Erteilung des bisherigen Erbtitels amts durch eine deutsche Abschlagszahlung und der weiterhin bestehenden Erhaltung der Reichsregierung gegenüber den österreichischen Plänen der französischen Diplomatie ein urfaßlicher Zusammenhang besteht. Seitdem ist die deutsche Delegation in Louronne bei der Abstimmung über das österreichische Protokoll der Stimme aufgestanden hat, läßt die Reichsregierung den notwendigen aktiven Widerstand gegen die wüste Unterwerfung Deutsch-Ostreichs unter das Diktat des Kaiser-Montebauer vermissen. Doch so hoffnungsvolle Initialen, mit der vor überhalb Jahren Schober und Taxis den großdeutschen Gedanken angefangen haben, in jetzt der Louronne Konferenz nichts mehr übergeblieben. Es steht wohl festlich, die Schuh in diesem Verfugten der deutschen Siedlungs- und Ausdehnungspolitik ausdrücklich bei dem Wiener Parteigänger Frankreich zu suchen.

Daran muß man sich erinnern, wenn man die französische Haltung gegenüber dem Vorstoß der Reichsregierung in der Rüttungsfrage versteht will. Was damals in Louronne, als von den Titulaten der Rode war, hinsichtlich des Südsüdens erreicht worden ist, das soll nach zwölftem Willen jetzt, da der Bebauung der südlichen Siedlung noch wehrpolitische Gesichterstellung auf den ganzen Osten ausgedehnt werden, da Deutschland soll gegenwärtig eine Siedlungswelle auf wehrpolitischem Gebiete auf eine Karantin seiner Ostgrenzen festgelegt werden. Frankreich ist, wie es scheint, auf dem besten Wege, mit einem neuen „Sicherheitspolis“ eine Einheitsfront der Mächte gegen Deutschland zu gestalten. Diesen Sicherheitspolis wird sich der Gedanke zugrunde, daß Deutschland als Gegenleistung für die Begrenzung und Abschaffung bestimmter Angriffsstellen letzten Frankreichs, unter anderem der Internationalisierung der Südsiedlung und der Aufrechterhaltung der militärischen Beschränkungen des Vatikan-Diktates zusammen und vor allem auf die Region seiner Ostgrenzen für von 10 oder 20 Jahren verzichten soll. Es bleibt die Gesellschaft, daß England, falls Frankreich wirklich einige Zugeständnisse hinsichtlich seiner eigenen Aburteilung machen sollte, die Ostcarcanowürde seines Parteis Altierten unterdrücken und doch auch Amerikas Einstellung im Sinne eines Ostcarcano gegenüber der Reichsregierung ausüben würde. Wenn es tatsächlich zu einem solchen gemeinsamen Borgen der Mächte kommen sollte, würde die deutsche Ostpolitik einen Druck ausgeübt sein, wie er in dieser Stärke seit Versailles kaum mehr ausgeübt worden ist.

Polen Ansprüche auf deutsches Land.

Unter der Überschrift „Deutsche Unvereintheit“ gibt Dr. Hartmann-Zremen in den „Bremer Nachrichten“ (239) einige Beispiele der polnischen Propaganda.

Bekanntlich bringt das Ostland-Institut in Danzig fortlaufende Auszüge aus polnischer Büchern, Zeitschriften und Zeitungen. Sie sollten viel mehr Beachtung finden als bisher. Die polnische Propaganda arbeitet siebarhaft, ganz besonders gebliekt im außerdeutschen Europa und in U.S.-Amerika. Sie trägt keine Bedenken, die Geschichte zu falschen und die tatsächlichen Verhältnisse der Gegenseite auf den Kopf zu stellen. Mit hoherlicher Überheblichkeit betrachtet Polen den deutschen Osten als seinen Besitz. Es geht für Deutschland nicht nur um die Wiedergewinnung verlorenen, geraubten Gebiete, sondern heute schon um die Erhaltung Oberschlesiens und des Orients überhaupt. Denn die in den folgenden Sätzen enthaltenen Gedanken sind Allgemeintat des polnischen Volkes, insbesondere aber der heranwachsenden Jugend.

Das polnische Pomerellen (ehemaliges Westpreußen) ist fast rein polnisch. Zu ihm gehören noch Oppommern, Danzig und große Teile Oberschlesiens. Die jetzige Landesverteilung entspricht nicht dem natürlichen ethnographischen Verhältnissen.“ (1)

„Die Welt muß darüber aufgeklärt werden, daß Polen nichts zurückzugeben hat, weil es niemand etwas abgenommen hat.“ (2) Der Verfaßter Bericht hat nur teilweise die Rechte Polens wiederhergestellt. Pommerellen und Schlesien sind Polens wichtigste Wirtschaftsbereiche (3), die es wegen seiner historischen und ethnographischen Bedeutung als auch gegen der wirtschaftlichen Staatsräson verteidigen muß.

Der Hafenbau in Świdnica bedeutet keineswegs eine Geringabnahme des Danziger Hafens. Erst jetzt, wenn die zwei Nachbarhafen zu Konkurrenz verurteilt sein werden, wenn die polnische Ex- und Importeur sein. Wohl haben mich, bestehen wir die Grundlagen für eine gefundene Entwicklung des polnischen Seehandels.“

Sogar Oberschlesien wie das kleine Stück Südtirole sind die Quelle der polnischen Unabhängigkeit, die im 20. Jahrhundert das ganze polnische Volk mit den Balzen in der Hand — ohne Rückzug auf die Konsequenz eines neuen Weltkrieges — verteidigen wird.“ (4)

„Das polnische Pomerellen soll heißen den Korridor. Die „Ostland“-Schriftsteller wollen die Deutschen nur wiederhaben, um eine unkontrollierbare, unmittelbare Verbindung mit Moskau herzustellen, d. h. mit ihren gegenwärtigen militärischen Bundesgenossen, auf dessen Territorien Deutschland die Vorbereitung des neuen

Weltkrieges durchführen. Mindest ist die Frage des polnischen Pommers nicht nur eine Angelegenheit Polens und Deutschlands, sondern ganz Europas, von der Friede oder Krieg abhängt.“

„Oberschlesien müßte die Tugend in dem Organismus des gegenwärtigen Polens sein, nicht aber ein in den Körper Polens eingedrungener Splitter.“ (5) Wenn Oberschlesien nach Herkunft und Charakter eine Kolonie auf fremdem Boden. Das jetzige polnische Volksgebiet in Oberschlesien nimmt noch immer 11700 Quadratkilometer, d. h. etwa ein Drittel der Provinz ein. (6) Auf diesem gehöhlten polnischen Gebiet wohnen über 400000 Polen. (7) Die deutsche Bevölkerung sieht sich aus dieser in fremde Lande eingebauten Kolonie, die sich als verfehlter Polen erwiesen hat (8), zurück. Das Blut jenes kleinen und wilden, aber tapferen und die Freiheit kühn verteidigenden, durch die Schwerte der Ordensritter niedergemachten Stammes der alten Preußen krafft in den Herzen der heutigen Südtirol und nimmt an dem deutschen Volke die gebildende Röde für seine hoffnungsfrohen Niedergänge und die unvergessliche Vernichtung. (9)

Solchen Unsan können die Polen nur verjagen, weil sie nach bekannter Methoden die Majoraten einfach als Polen bezeichnen — obwohl sie seinerzeit bis auf den letzten Mann nach für Deutschland und nicht für den Anschluß an Polen entschieden haben.

Diese wenigen Sätze mögen genügen. Sie sollen besonders der deutschen Jugend klar machen, daß sie vor die schwere Aufgabe gestellt sein wird, einmal mit Gut und Blut allen deutschen Boden verteidigen zu müssen. Polnischer Übermut wird sie dazu zwingen.

Der Weltfrieden — ein Gefahr für Polen!

Ein polnischer Journalist namens Scherer hat vor kurzem eine Broschüre veröffentlicht, in der er sich über den Weltfrieden und den politischen Staat verbreitet. Auf Seite 19 schreibt er, daß die Lage in Europa so gespannt sei, daß in jedem Augenblick eine Explosion erfolgen könnte. Diese gespannte Lage läßt sich dem polnischen Staat einen Chronoplatz unter den Staaten Europas wegen seines militärischen Wertes. Die Geschichte, daß in einem Kriege die politische Militärmacht eine große Rolle spielen könnte, sei, was manche andere Staaten veranlaßt, dem polnischen Staat eine gewisse Achtung entgegenzubringen. Was aber, so fragt Scherer, werde geloben, wenn eine Entspannung der europäischen Lage eintrete? In diesem Falle werde der militärische Wert Polens verloren, und Polen müsse sich dann seine internationale Bedeutung aus irgendeinem anderen Gebiete sichern, denn der wahre Frieden werde das Ansehen des polnischen Staates erheblich vermindern, und es würde sich die Frage ergeben, was Polen auf andern Gebieten zu leisten vermöge. Leider seien die Aussichten Polens, sich auf andern Gebieten durchzusetzen, sehr gering. Die deutsche Konkurrenz werde Polen nicht aushalten. Sobald Deutschland seine militärischen Tendenzen ad acta gelegt habe (10), verlieren Polen seine Stellung als Gendarm Europas. Am Schlusse seiner Ausführungen sagt der Verfaßter, daß der Frieden den politischen Staat nicht zugrunde richten werde, aber der Frieden könnte Polen zu einer drittklassigen Macht in Europa herabdrücken. *

Eupen-Malmedy.

Die belgische Regierung hat bekanntlich gegen den auf der Kreßler-Luggerung der Landesmaßnahmen aus Eupen-Malmedy zum Ausdruck gekommenen Grenzentschließungen in einer amtlichen Erklärung protestiert und ihre „Leute Entschlossenheit“, sich auf keine Verbündungen in dieser Grenzfrage einzulassen, betont. Daß trotzdem die Revolutionsfrage nicht ruht, beweist u. a. eine Meldung des Pariser „Journal“, demzufolge die Deutsche Regierung einen offiziellen Vorstoß in den deutsch-belgischen Grenzengeländern plane und eine erdnungsgemäße Volksabstimmung in den obgetretenen Gebieten zu verlangen gedachte, da die seinerzeit durchgefahrene öffentliche Abstimmung nicht als Abstimmung im Sinne des Art. 34 des Verfaßter Diktates angesehen werden könnte. Wenn diese Meldung des „Journal“ auch nicht den tatsächen entspricht, so bemüht sie doch, daß nicht nur die Ostgrenzen Deutschlands, sondern auch die Westgrenzen im Auslande nicht als etwas Endgültiges betrachtet werden. Wir sind überzeugt, daß Eupen und Malmedy einmal wieder in ein Reich beheimatet werden. Die östliche Bewegung hat in Belgien nach dem Kriege so gewaltige Fortschritte gemacht, daß der Zerfall des belgischen Staates nur noch eine Frage der Zeit zu sein scheint. Die Polen sollten an das Schicksal Belgiens denken!

Preußen wird nicht zerstochen.

Reichskanzler von Papen hat sich am 13. Oktober in einer Rede in München auch über die geplante Reichsreform ausgesprochen. Dabei hat er betont, daß die Pläne der Reichsregierung dahin gehen, daß die Preußische Staatsregierung mit der Reichsregierung enger verbunden wird, doch aber die Selbständigkeit Preußens gewahrt und Preußen nicht zerstochen werden soll. Die letztere Zuführung wird mit Genehmigung aufgenommen werden, insbesondere auch mit den östlichen, die der Frühjahrung Preußens ein Unglück für die Entwicklung des Orients und die Wahrung seiner lebenswichtigsten Interessen erbringen müßte.

Der Totengräber Ostoberschlesiens.

Der bisherige Generaldirektor der Fürstlich Piastischen Bergwerksdirektion in Kattowitz, Dr.-Ing. e. h. Arnold Pistorius, ist von seinem Polen zurückgetreten, da ihm von polnischer Seite eine weitere Arbeit in der ostoberschlesischen Industrie, in der er seit 1907, also 25 Jahre lang, tätig gewesen ist, unmöglich gemacht wird zu sein. Sein Nachfolger in der Leitung der Piastischen Bergwerksdirektion, Oberbergwerksdirektor Dr. Evertling, wurde Anfang Oktober verhaftet. Die Gründe dieser Verhaftung sind politischer Natur: Mit Rücksicht auf die bevorstehende Behandlung des Fürsten Pleß gegen den polnischen Staat vor dem Gerichtshof im Haag kommt es der Warschauer Regierung offenbar darauf an, das Aussehen des Prozesses durch den — völlig unbeherrschbaren — Vorwurf unlauterer Geschäftsbearbeitung zu erschüttern. Die Verdrängung des Generaldirektors Pistorius und die Verhaftung Dr. Evertlings sind nur neue Säder in der endlosen Kette der Maßnahmen, durch die Polen den deutschen Einfluss auf der ostoberschlesischen Industrie zu schwächen bestrebt ist. Unter den durch die Leitung Ostoberschlesiens an Polen gesetzten Unternehmungen waren es im wesentlichen nur diejenigen der alten Magnaten, wie der Pleß und der Dommermark, die sich der polnischen Überredung bisher mit einem Erfolg zu widerstellen vermochten. Dr. Grajynski, der „Aufstandsmajorat“, hat sich um die Entdeckung der ostoberschlesischen Industrie besonders „verdient“ erwiesen. Er scheint noch nicht begriffen zu haben, daß die Entdeckung in ihrem Endelegion einer Vernichtung der Industrie, ja auch ausließlich von deutschen Kräften aufgebaut wurde, gleichkommt. So wird er auch die Verdrängung des Generaldirektors Pistorius als einen Erfolg seiner Polonisierungsarbeit verbuchen. Wie immerlich, war Pistorius vor einiger Zeit wegen „Belästigung des Wojnomoden“ zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden; und das Obersche Gericht in Warschau hatte die sonst übliche Ummündung der Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe verwiesert und die Freiheitsstrafe des Kattowitzer Gerichtes bestätigt. Die „Belästigung“ wurde darin erledigt, daß Pistorius den Vertretern der Belegschaften der ihm unterstehenden Unternehmungen gegenüber die Zunahme der Feierabenden und Entlassungen wahrtelsgemäß domini gegründet hatte, doch auf Anordnung von höherer Stelle in der Wojnomodschaft des Pleßischen Gruben keine öffentlichen Lieferungsanstöße mehr erteilt werden durften. Zur Zeit der Urteilsbestätigung durch das Obersche Gericht befand sich Pistorius in einer Brezelauer Klinik, wo er sich einer schweren Operation unterziehen mußte. Er wäre trotz der über ihn verhängten Gefängnisstrafe wieder nach Polen zurückgekehrt, wenn nicht eine neue Anklage gegen ihn erhoben worden wäre. Fürst Pleß mußte nämlich zwei der Verwaltung des Generaldirektors Pistorius unterstellte Bergwerksdirektoren wegen Urkundenfälschung und schwerer Unterföhlung fristlos entlassen. Wöhrend einer von diesen ins Ausland floh, befindet

der andere, des ihm zur Verteilung Verbrechens schuldig zu sein, und behauptete (vielleicht auf Anhören polnischer Stellen, die seine Verdrängung ausnutzen wollten), große Geldsummen zur Bewirtung und Bestechung polnischer Beamten im Auftrage des Generaldirektors Pistorius und zum Außen der Pleßischen Bergwerke verwendet zu haben. Aus den Aussagen des ungetreuen Direktors kontruierte die polnische Justizbehörde eine neue Anklage gegen den unbekannten deutschen Industrieführer, der, da er die polnischen Praktiken kennt, nun nicht mehr nach Polen zurückkehren wird. Mit Pistorius verliert die ostoberschlesische Wirtschaft einen ihrer bedeutendsten Führer und das dortige Deutschtum einen bemerkten Förderer. Grajynski, als Exponent der polnischen Hochpolitik, hat das Rennen gemacht. Er kann sicher sein, daß auch dieser Schlag, den er gegen das Deutsche in seiner Wojnomodschaft geführt hat, ebenso schmerz wie dieses auch die Wirtschaft Ostoberschlesiens treffen wird, als deren Totengräber ihn sein politischer Gegner Kortanzy bezeichnet hat. Es ist anzunehmen, daß es auch in Polen selbst einige vernünftige Wirtschaftler gibt, die die Methoden des Kattowitzer Wojnomoden, die Industrie zu „fordern“, nicht billigen, wie der Prozeß beweist, den der Wojnomod gegen einen angehenden polnischen Wissenschaftler angestellt hat, weil dieser sich nicht geschont hat, ihn als den „größten Schädling Ostoberschlesiens“ zu nennen. *

Dr. Grajynski eifert dem Vorbild französischer Staatsmänner nach: Er macht sich eine Spezialität aus Denkmalsreden, die er künstlich bei der Einweihung eines Aufstandsmemorials von den Gründern an allen polnischen Oderströme gesprochen, die nach Oppeln, Ratibor und Groß-Strehlitz blicken und der Ausdruck nichtstiller polnischer Rechte und Hoffnungen seien. Das Denkmal, zu dessen Weise diese Worte geprochen wurden, stellt einen Hüttenmann dar, der mit seinem Hammer den Kopf der deutschen Hydra verschmettert. Auch bei anderen Gelegenheiten hat der Wojnomod seiner Schänjach nach einer Veränderung der Grenze in Schlesien unverhüllt Ausdruck gefunden, und er hat sich auch besonders in der Hauptversammlung des Verbandes der Aufständischen zur Schau gestellt, bei der ein feierlicher Schuß abgefeuert wurde, daß das ganze polnische Volk gegen deutsche Rachegegenseite und gegen deutsche Grenzanprisse wie ein Mann zu den Waffen greifen würde. Daß bei anderen Gelegenheiten die Aufführung des Deutschen Volksbundes und der deutschen Vereinigungen in Pommern verlangt wurde und daß man die polnischen Brüder im deutschen Westober Schlesien zum Auskarten in der Hoffnung auf das politische Ziel ermahnte, das nur nebenbei. Die Agitation nicht nur des polnischen Werkmarkvereins und der Aufständischen-Verbände, sondern auch mächtigster und verantwortlicher politischer Persönlichkeiten nimmt einen Umfang an, der die deutsch-polnischen Beziehungen nur in hohem Maße förmlich beeinflussen kann.

Reichsminister von Braun über Siedlung.

Auf dem Verbundstag des Provinzialsverbands niederschlesischer ländlicher Genossenschaften Kattowitz hielt am 7. Oktober der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Freiherr von Braun, eine Rede, in der er u. a. ausführte: Die geschichtliche Betrachtung zeigt deutliche Parallelen der Lage der Landwirtschaft nach den großen Kriegen. Wir brauchen den Bauern aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen. Es ist sicher, daß ein kaufkräftiger Bauer ein stärkerer Konkurrent ist als ein ländlicher Arbeiter, und daher den Handwerkern und Kaufleuten der nördlichste Stadt mehr zu verdanken gibt, als der Großgrundbesitzer, der oft seinen Bedarf von weiter befreit. Wir brauchen den Bauer, an seiner Scholle hängenden Bauern vor allem als Volksmark gegen den östlichen Ansturm. Die Reichsregierung hat — wie bekannt — über die im Rahmen der Reichsetat ausgewiesenen 50 Millionen hinaus weitere 50 Millionen R.M. für Siedlungsprojekte bereitgelegt. Vom Januar d. J. bis zum 30. September sind von der Deutschen Siedlungsbank Siedlungskredit in Höhe von rund 65 Mill. R.M. ausgegeben worden. Auf die gleiche Zeit des Vorjahrs entfallen rund 61½ Millionen. Das Ergebnis bis zum 30. September ergibt bei Vergleich der Zahlen mit verganginem Jahr keinen Rückgang, sondern eine Verstärkung der Siedlung. Dieser Erfolg ist erzielt worden, obwohl mit Schwierigkeiten gekämpft werden mußte, die in der Vergangenheit nicht bestanden. Die Reichsregierung sah sich vor der Aufgabe gestellt, zahllose alte Siedlungsobjekte, die in Preußen in Angriff genommen waren, ohne doch ihre Finanzierung sichergestellt war, zu übernehmen. Sie übertrug dafür Stellen, welche vom Reich der ganze Siedlungskredit beschafft werden. Das allein bedeutet einen Bedarf an Mitteln von etwa 20 Millionen R.M. Bei der Weiterführung der landwirtschaftlichen Siedlung werden eine gewisse Rolle die Güter spielen, die aus dem Sicherungsverfahren entlossen werden müssen. Sorgfältig werden die Vorbereitungen getroffen, die hierzu vor Siedlung geeignete Güter aufzufinden. Als Leitziel wird hierbei gelten, daß wirklich lebensfähige und kräftige Bewohnerstellen geschaffen werden. Als Siedler kommen in erster Linie solche Menschen in Frage, die innerlich noch engste Beziehungen zumande-

haben und neben gründlichen landwirtschaftlichen Kenntnissen die Eigenschaften eines edlen Kolonialators, Söhigkeit und Ausdauer, Anspruchslosigkeit und Bescheidenheit, Liebe zum Vaterland und zur Schule beibehalten. Die Wirtschaftsberatung wird sich besonders der Pflege des Genossenschaftswesens annehmen müssen. Die Reichsregierung hat die Finanzierung der Siedlungsprojekte für Siedlungsberatung entfeindlich auf sich genommen, ferner die Mittel für eine Wirtschaftsberatung der Siedler in Preußen bereitgestellt und den Ausbau einer Wirtschaftsberatung in Mecklenburg-Schwerin in Angriff genommen. Um die Möglichkeiten der Siedlung ganz auszuschöpfen, sind mit dem preußischen Domänenfiskus Verhandlungen eingeleitet über eine Vereinbarung, nach der der Domänenfiskus befestigungsähnliche Domänen zur Siedlung hergibt. Im August soll dafür der preußische Domänenfiskus gegeignete Waldstücke übernehmen von denjenigen Privatbesitzern, die im Entstehungsverfahren durch Überkauf von Walden Janiert werden können. Die Entstehungsverfahren landwirtschaftlicher Betriebe im Osthafengebiet können vielleicht nur dadurch ermöglicht werden, daß Teile der Landfläche abgetrennt und für Zwecke der landwirtschaftlichen Siedlung verwendet werden. Unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage der Landwirtschaft und des allgemeinen Konjunkturverbleibes hat die Reichsregierung in Aussicht genommen, die Jahresleistungen der Siedler ab 1. Juli für die nächsten drei Jahre von 5 auf 3½ v. H. zu ermäßigen. Hierdurch tritt bei den in den nächsten Jahren errichteten Siedlungsstellen für die geringoerige Bauarbeiten gezwungenen Kosten, die eine Ermäßigung der Gesamtgehörselzung auf etwa 3 v. H. ein.

Bis zum

20. Okt.

müssen Neubestellungen auf unter „Ölfeld“ für November-Dezember ausgegeben werden. Bei später erfolgenden Bestellungen ist eine Sonderabgabe von 20 Pf. zu zahlen. Der Bezugssatz für 2 Monate beträgt 1.— M. (ohne Zustellungsgeb.)

Aufwertung deutscher Vermögen in Polen.

Die Städtische Kommunalsparkasse in Siedlitz teilt mit, daß die Aufwertungsquote nach Entscheidung des Regierungskommissars für die Umrechnung der Sparsanlagen 9,98 v. H. beträgt. Die Kasse bestätigt jedoch bei der Aufwertung von 10 v. H. anzumenden, was der Gesetzestand der Beratung des Ressortrats in nächster Zeit sein wird.

Nach Bestimmung des Regierungskommissars muß die Kasse à conto der aufgewerteten Sparkontos einen Verlust in Höhe von 5 v. H. der umgedrehten Sparteinlage bis zum Thalit der neuen deutschen Staatspapiere auszahlen.

Die Beratungsstelle für die Aufwertung deutscher Vermögen in Polen, v. L.

Entschädigungsweisen.

6 %ige Reichsschuldbuchforderungen.

Erfreulicherweise haben die Kurse der Reichsschuldbuchforderungen in den letzten Tagen wiederum einen Aufschwung genommen, besonders die kurzen und mittleren Fälligkeitshorizonte. Kurserholungen von mehreren Prozenten aufzuweisen. Im Abwarten der unvorhersagbaren innerpolitischen Lage und unter Berücksichtigung des Umfanges, daß immerhin mit einer allgemeinen Einsenkung gerechnet werden muß, halten wir bei Golddarbaff einer Verkauf der Schuldbuchforderungen zu den zehnjährigen Kursern für vorstellbar. Hierbei möchten wir noch darauf hinweisen, daß besonders für die Befürchtung der kurzen Fälligkeiten, den der Volkshypothekenförderungen als Kapitalanlage betrachtet, eine günstige Gelegenheit gegeben ist, durch Umtausch ihrer Schuldbuchforderungen in längere Fälligkeitshorizonte eine höhere Verzinsung und einen Kapitalgewinn zu erzielen. Unsere Bankabteilung, die Aufbaubank für Grenz- und Auslandsdeutsche G. m. b. H., Berlin W. 30, Mohrstr. 22, ist jederzeit bereit, die Durchführung dieses Umtausches Interesse wohrend vorzunehmen. Am 11. d. M. hörten wir folgende unverbindliche Verkaufskurse:

I	II	I	II
1933... 98 v. H.	97 1/2 v. H.	1939... 72 v. H.	70 v. H.
1934... 92 1/2 "	91 1/2 "	1940... 70 "	67 1/2 "
1935... 85 "	82 "	1941... 66 1/2 "	65 1/2 "
1936... 82 "	81 "	1942... 65 1/2 "	64 1/2 "
1937... 76 1/2 "	75 "	1943... 64 1/2 "	64 "
1938... 75 "	73 "	1944... 64 1/2 "	63 1/2 "

Wiedereraufbauzuschl. fällig 1944/45 etwa 25 v. H., 1946—48 etwa 24 v. H.

Ab.

Bundesnachrichten.

6 %ige Reichsschuldbuchforderungen.

Unsere Sterbekasse, die bisher Jahr viel Gutes geleistet hat und deren Wohlthat von allen Seiten dankbar anerkannt wird, wird noch viel zu wenig beachtet. Wenn man Hab und Gut gegen Jauer und sonstige Sachen eintauscht, sollte man doch auch die Lebensversicherung berücksichtigen. Bekanntlich ließen sich bei Todessfällen sofort allerlei notwendige Ausgaben ein, wobei unsere Sterbekasse sofort jegliche Hilfeleistung bereitstellt. Viele Dankesworte sind uns aus der jüngsten Auszahlung des Sterbegeldes zugegangen. Ein jeder, der nicht ausreichend versichert ist, sollte unbedingt unserer Sterbekasse beitreten. Der Beitrag erfolgt immer zum Quartalsende mit einem Sterbegeld von 300 bis 1500 M. Wie aus den unten aufgeführten Tabellen ersichtlich ist, sind die Bedingungen sehr günstig:

Das Sterbegeld beträgt für jeden Versicherungsschein 300 RM. Der vierjährliche Beitrag für 300 RM. Sterbegeld beträgt,

I. wenn der Beitrag längstens bis zum 85. Lebensjahr gezahlt wird

in der Einheit:	A	B	C	D	E	F	G	H	J
Altersgruppe:	31	36	41	46	51	56	61	66	
Jahre:	bis	70							
	30	35	40	45	50	55	60	65	

Beitrag RM.: 1.35 1.65 2.10 2.40 3.— 3.75 4.80 6.30 8.55

II. wenn der Beitrag längstens 25 Jahre gezahlt wird

in der Einheit:	A	B	C	D	E	F	G	H	J
Altersgruppe:	31	36	41	46	51	56	61	66	
Jahre:	bis	70							
	30	35	40	45	50	55	60	65	

Beitrag RM.: 1.65 1.95 2.25 2.65 3.15 3.90 4.98 — —

Seit dem Vorlehen der Sterbekasse wurden in 156 Jahren — 55 400 M. gezahlt. Auskünfte geben die Berlinernammänner unserer Ortsgruppen. Auch ist die Bundesleitung, Berlin W. 30, Mohrstr. 22, gern zur weiteren Auskunft bereit.

Aus der Bundesarbeit.

Versammlungskalender.

Ortsgruppe Rostock, Sr. Ostm. Militärkonzert im Stadtpark am Mittwoch, den 19. Oktober, 20 Uhr, ausgeführt vom Musikkorps III. (Jäger-) Batt. J. R. 15. Leitung: Obermusikmeister Steinköpp. Eintritt 50 Pf. Reinertag für bedürftige Mitglieder der Ortsgruppe, Ortsgruppe Berlin-Nord. Monatsversammlung am 17. Oktober, 20 Uhr, Kriegervereinshaus, Chausseest. 94. Anschl.: Musikalische Unterhaltung.

*

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Die Ortsgruppe Berlin-West hält am 11. Oktober eine Monatsversammlung ab. Sie war so gut besucht, daß der große neue Saal des Viktoriaturmtes gefüllt war. Der Vorsitzende, Herr Kattau, begrüßte die Ehrenmitglieder, die seiner Freude über den jährlichen Besuch Ausdruck gaben der Hoffnung, daß auch die weiteren Versammlungen gleich gut besucht sein und alle Mitglieder dem Deutschen Ostbund gerade in dieser für die Obrigen so entscheidenden Zeit auch weiterhin die Treue wahren möchten. Er mahnte dann eine Reihe gehoblicher Mittelungen, worauf die Aufnahme neuer Mitglieder erfolgte. Sr. Hoffmann, die nach Rostocks vertrieben, widmete er warme Worte des Abschieds und des Dankes für die langjährige hingebungsvolle Führung der Rostock. Bundespräsident Götsche, der Mitglied der Ortsgruppe ist, hielt darauf einen eingehenden Vortrag über die Bedeutungen zur Wiederaufrichtung der Entschädigungsfrage, über die Werkchrift, wie zu diesem Zweck die Arbeitsgemeinschaft herausgegeben hat, über das Aktionsprogramm der Arbeitsgemeinschaft der Geschädigtenverbände, über die Belehrungsverordnung im Entschädigungsverfahren und über die darin behandelte Frage der Entlastung von Entschädigungsakten usw. Redner betonte mit allem Nachdruck, daß das Recht der Geschädigten auf eine höhere Entschädigung so lange geltend gemacht werden würde, bis die berechtigten Ansprüche der Geschädigten erfüllt seien, und daß dieser Kampf um eine angemessene Entschädigung nur ein Teil des Kampfes um Recht und Gerechtigkeit sei, den der Deutsche Ostbund führt, und der ebensofort der Wiederaufrichtung des Unrechts an den Vertriebenen wie des ganzen Ostmark begangenen Unrechts gelte. Seine Ausführungen wurden mit gespanntem Interesse verfolgt und mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Darauf wurde ein fünfaktiges Sämlibdrama, "Der einzame Adler", ein sehr interessanter, oft drastisch wirkender Kriegssiegesspiel, vorgeführt, mit lebhafter Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Soeben bestreift verliehen die Mitglieder die Verfassung.

Die Ortsgruppe Berlin-Hennersdorf veranstaltete am 24. September einen gut besuchten Ostabend in den Räumen von "Döndigsheim" in Hennersdorf, zu dem der ostdeutsche Dichter, Herr Dr. Georg Südlake, Präsidialmitglied des Deutschen Ostbundes, sich als Hauptredner mit Versicherung gestellt hatte. Den musikalischen Teil bestreit ein Orchester unter Leitung seines Kapellmeisters Herrn Elio Muzilli, das sich in unergänzunglicher Weise in den Dienst der Ortsgruppe gestellt hatte. Das Programm begann mit dem "Jork-Morit" von Bonhagen, worauf "Die Heimat" von Schlesier gemeinsam von der Versammlung gelungen und vom Orchester begleitet wurde.

Es folgten die Ouvertüre zu "Heimkehr aus der Fremde" von Menzelsohn und ein Prolog "Ostmarkgedanken", ergriffend und temperamentvoll von Herbert Wulff gesprochen. Der 1. Vorsitzende, Herr Rittermeier a. D. Bleeker-Röhlaff, begrüßte darauf die Festversammlung, Herrn Dr. Lüdtke, den Vertreter des Landesverbandes Berlin-Brandenburg, Herrn Leber, Baade, sowie die Vertreter der Ortsvereine. Die Musik brachte dann die Paraphrase über "Ob hatte eis ein schones Vaterland" von Löffel einindrucksvoll zu Gehör. Sodann hielt Herr Dr. Lüdtke einen Vortrag: "Die weltpolitische Bedeutung unseres deutschen Ostens", der ganz heraufragend war und von ganz ungemeinem Grundgedanken ausging. Der Vortragende sang von dem Worte Schleifers, daß Offreihen bis zum letzten Mann verteidigt werden müsse, aus, dieses Wort müsse von allgemeinem Volksbewußtsein und von der Volksstimmung untermauert werden. Vor zehn Jahren wäre es noch nicht geprägt worden, und wenn sich seitdem die Zeiten für dergleichen Kundgebungen gründert hätten, so hätte daran auch der Deutsche Ostbund nicht getingen Anteil. Nicht, weil die eine oder die andere Stadt am Osten, das eine oder das andere Dorf die Heimat des einen von uns wäre, mit der er unloslich verbunden sei, sondern weil jeder wissen müsse, was der Osten und seine Menschen seien, nicht allein, weil der Osten in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung eine unerschöpfliche Bedeutung habe, sondern weil diese vom weltpolitischen Wertes des Ostens überzeugt sein müsse, betreibe man die Propaganda. Obre des Ostens gäbe es kein Deutschland. Diese Behauptung erläuterte der Vortragende durch einen geschichtlichen Rückblick, in dem er besonders hinsichtlich die Zeit vor genau 100 Jahren, die Zeit Heintzels I., mächtige, die unterfangen Parallelen zu unserer heutigen Zeit bietet: "Ein Volk ohne Raum" wäre Deutschland damals gewesen, von innern Kämpfen zerissen, genau wie jetzt. In solchen Zeiten gäbe es nur die beiden Möglich-

keiten, entweder zufällig untergehen oder die rettende Tat. Heimrich I. hätte damals diese rettende Tat ermöglicht: Er schlug im Elsass die Franzosen, räumte die Ungarn aus dem Lande, die Wälder aus der Norwegen, kämpfte vor Prag, schuf die innere Einheit, jahrzehntlang bestand das Reich „Deutsch“ und wandte das Antlitz des Deutschen gen Osten. Der Redner zog dabei immer die Vergangenheit zur heutigen Zeit und betonte die ungemeine Wichtigkeit der Tat des Jahres 928, der Eroberung Brandenburgs. Heimrich I. hatte erkannt, daß der Deutsche, wenn er keine außenpolitische Ziele hätte, sich im Innern zerfließe, und er versloge dieses Ziel. Sein Sohn Otto III. hätte dann das Land geistlich und kulturell erobert und besiedelt. Wohl waren damals Aufstände gekommen, aber sie hätten den Besitz des Ostens niemals in Frage stellen können, da man wohl verlieren, aber keine Ausreißer aufgeben durfte, was man damals (und auch heute) nicht getan hätte. Ein Auf und Ab des Weltgeschlebens läge keine Würze, sondern Selsch. Der Vortragende warf einen Blick auf die westliche Geschichte des Ostens, der damals Deutschland die weltpolitische Bedeutung gegeben hätte. Der Dreißigjährige Krieg, der Weltkrieg der Sieben, die Zelle des Großen Kurkriegs, Friedrichs des Großen und die Napoleonische Zeit erlaubten, belogen er, daß der Streitkampf gegen das Joch des Körpers und der weltpolitische Umsturz damals vom Osten, Königsberg und Breslau, Berlin und Wien ausgegangen wäre. Auch Bismarck wäre ein Sohn des Ostens gewesen, und er hätte nur durch Preußen das Reich schaffen können. Und auch der Seebund hätte die weltpolitische Bedeutung des Ostens sehr genau und besser als viele Deutsche erkannt und wohl gewußt, worum er ihn durch den Schandvertrag von Versailles verhindern haben wollte. Es kann also nicht auf eines oder des anderen Heimathafte an, sondern das Wahlsche wäre, daß man wieder in die Weltpolitik hinein müsse, was nur durch den Osten geschehen könnte. Darum müßten alle Deutschen sich über wirtschaftliche, politische und konsessionale Gegengänge hinweg in dieser Frage einig sein. Wir ständen vor einem Aufbruch ins dritte Jahrtausend hinein, das alles das erfüllen würde, was die ersten beiden verloren hätten. — Dieser einführende, die Sinnschrift von Anfang bis Ende kraftvolle Vortrag fand den ganz beindruckten Max Ausdruck bekommen: Beifall der Versammlung. — Nach einem Musikstück, „Grün ist die Heide“ von Blume trug Gräulein Lotte Henning ein Gedicht „Die Vertreibung“, mit feierlichem Empfindung vor und ernste die verdienten Beifall. Es folgte nun mehr die Aufführung von drei lebenden Bildern, die die deutsche Schicksalsgemeinschaft verkörpernd, durch die Jugend der Ortsgruppe, unterstützt von der Jungshar der Ortsgruppe Oberschöneweide. Diese lebenden Bilder drastisch die Unersetzlichkeit der Deutschen, die Recht und den Friedensrausch durch ein Ereigniskunst zum deutlichen Osten zum Ausdruck, der in dem gemeinsamen Gefange der vier Strophes des Deutschlandes seinen Höhepunkt erreichte. Nicht gebremmtes Beifall belohnte die Vorstatter für ihr ausgezeichnetes Spiel. Herr Lehrer Bäade sprach darauf als Vertreter des Landesverbands, dankte für die Einladung und richtete herzliche Worte an die ostdeutsche Jugend, die nicht die Hoffnung und den Mut verlieren, sondern ausbauen soll, da sie dazu berufen sei wird, die Heimat ihrer Vorstädte wieder zu gewinnen.

Landesverband Hannover-Braunschweig.

Die Ostkundgebung in Hildesheim.

(Fort. des Berichts aus Nr. 41.)

E. Cuno - Hannover, der Leiter des Ostschubes im Landesverband Hannover-Braunschweig, sprach dann über „Die Ostmark im Grenzkampf.“

Wenn in der letzten Zeit von Abrüstung, Frieden, Völkerbefreiung, Gleichberechtigung, sozialistischem Widerstand nur geredet und geschrieben wurde, so muß man annehmen, daß die Welt am die Sanierung der Weltwirtschaft und insbesondere der deutschen Weltwirtschaft sehrlich betrachtet und der Weltkampf nicht mehr fern sei, wie der Weltkampf das Freudenfest der Völkererziehung seien wird. Wer immer wieder auf Kriegsszenen zu hören und zu sehen glaubt, Lügeln der Antics und Propaganda, das verleiht Gesicht des Hasses und der Gier auf. Wenn wir uns die Landkarte des Deutschen Reiches, so wie sie der Schandvertrag von Versailles jahrsseitig zeigte, vor Augen halten, dann sieht man, daß von Memel bis Hultschin die neue deutsche Ögrenze eine einzige

Brunnlinie und noch nicht einmal eine zusammenhängende Linie ist. Bei den Annexionen der letzten Zeit sollte endlich begriffen werden, daß an der Ögrenze Deutschlands Schicksal und Erfüllung und der Raub weiterer deutscher Gebiete einer Auflösung des Deutschen Reiches gleichsetzt. Die jenseit wirtschaftlichen und kulturellen Verlust und Schrecklichkeit haben überschreitende Grenzführung zwischen Polen und Deutschland hat die Ostmark in eine so bedeckte Lage gebracht, daß es der höchste Anstrengung bedarf, einen raschlichen Wiederansatz durchzuführen. Dagegenüber aber

polonisiert und kolonisiert der Polen

in den entzillten und dem uns verbündeten Gebieten. Schon heut steht die polnische Welle wie eine neue Dampfwolke hell und drohend vor der deutschen Grenze. Noch steht ihr ein Wall deutscher Menschen gegenüber. Der Wall ist aber dünn, die Menschen hungrig, aber sie sind der Polen und lieben noch immer mit ganzer Seele das Land ihrer Väter. Es ist und bleibt das Gebot der Stunde, die Bewohner der gefährdeten Gebiete mit allen Mitteln zu unterstützen und neue Menschen im Osten anzuziehen; überall dort, wo die östlichen Völker — Polen und Litauer — vorwärts drängen; denn sonst ist in kurzem die Elbe Deutschlands Ögrenze. Seine Hauptkraft hat Polen gegen Ostsee und Oder gerichtet, in denen es Grenzlinien sieht, wo es das findet, was für die stärksten Sicherungen seiner Volkskraft hält. Röhle und Häfen, und was ihm als beste Bürgschaft seines staatlichen Wesens erscheint: die Schauung Deutschlands, die durch den Raub prei weiter Provinzen vollendet und verteidigt werden soll. Das eigentliche Kampffeld der Polen ist das Vorfeld ihrer staatlichen Grenzen, unsere neue Ostmark von Oppeln über Schönaiemühl nach Stolp bis Ostpreußen. Eine Außenpolitik und eine Ostpolitik, die die Polen nur in die Grenzen zurückwirkt, die ihm staatsrechtlich gegogen sind, reicht nur deutsches Abwehr des politischen Drängens nach Westen nicht aus. Wenn ausdauernder und gehörlicher als der Staat Polen steht ist im Kampfe gegen das Deustchland wie durch den politischen Bauer. Der politische Bauer ist nicht mit Machtmitteln zu besiegen, es sei denn, wir werfen ihn aus dem Lande, wie es Polen mit unsern deutschen Volksmassen in seinem Staate gemacht hat. Des politischen Bauern werden wir nur Herr werden können, wenn in unserem Volk wieder der Willen zum Boden groß wird. Im Kampf an der deutsch-polnischen Grenze wird stolzlich der Sieger bleiben, der als Siedler oder Bauer den Ackerboden befreit, aus dem ihn die Liebe zur Heimat, der Glaube an die Gerechtigkeit seiner Söhne und die körperliche und seelische Kraft eines echten Grenzmärkters entsteht. Unsere Aufgabe aber ist es, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für unser deutliches Ostland einzutreten, opferbereit und hilfsbereit, *dujhauft und truhauft*.

Alle Vorträge wurden mit langandauerndem Beifall aufgenommen. Anschließend sang Komponist Schieß M und denke das Lied „Ich hoffe, einst ein schönes Vaterland“ von Johanna Wolf, komponiert von Wohlmann, womit er Beifallsstürme entsetzte. Außerdem dann der Hohenfriedberger Marsch verkündeten war, brachten der Ostschub und die Jungshar Hannover aus der Ostmark von der Vergangenheit bis zur Gegenwart und „Des Ostmarkers Traum“ vor. Fortschluß. Auch dieser Teil des Programms gelang sehr gut. Komrad Geseemann übermittelte dann noch Grüße der Ostostian und Afrikaner sowie der kolonialen Jugend.

Im zweiten Teil des Abends folgte ein gemütliches Beisammensein mit Vorlesungen einer bunten Bühne und deutschem Tanz. Die Veranstaltung war eine wirkliche Werbung für die Ostmark und wird auch Hildesheim von der Notwendigkeit des Kampfes um die Ostmark überzeugt haben.

Aus freundenbetten Verbänden.

11. Stiftungsjahr der Bromberger Gymnasialisten.

Am Sonnabend, dem 15. Oktober d. J., abends 8 Uhr, findet im Sandmeyer-Kollegium am Sol. Berlin-Charlottenburg, (Johannstr. 1) aus Anlaß des 115-jährigen Bestehens des Bromberger Gymnasiums ein Kommers statt, zu dem die Verehrung ehem. Bromberger Gymnasialisten (Dr. Brunk, Berlin-Charlottenburg, Savignyplatz 10) eingelädt.

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Persönliches.

Geheimer Prof. Dr. Kaemmerer 70 Jahre alt.

Am 11. Oktober ist, wie schon kurz mitgeteilt, Geheimer Prof. Dr. Ludwig Kaemmerer 70 Jahre alt geworden. Der Deutsche Oft und alle ehemaligen Polen, die dankbar der Träger der stolzen kulturellen Aufwärtsbewegung in der Provinz von 1890 bis 1914 gedenken, jenden ihm Jubiläum die herzlichsten Glückwünsche. Kaemmerer übernahm, vom Berliner Kupferstichkabinett kommend, wo er als Direktorialstiftung gewirkt hatte, 1933 die Direktion des damals seiner Vollendung entgegensehenden Kaiser-Friedrich-Museums und leitete es nach der Eröffnung im Oktober 1935 bis zur Übergabe an die Poleen im Januar 1936. Er war zugleich Provinzial-Konservator der Kunstdenkmalen der Provinz und als solcher der geistige Süßer der Provinzial-Kommission zur Schule der Denkmäler der Provinz,

Mitglied der Rathausbau-Kommission, Begründer des Denkmäler-Archivs für die Provinz und Ordinarius für Kunstschriftkunde an der Potsdamer Akademie, war also 16 Jahre lang für die Regierungs-, Provinzial- und Stadtbüroden jahreshäufiger Berater und somit tonangebender Mann für alle Fragen der Kunstmiete. Er verdankte Erfolg nicht, nur seinem großen Willen (er hatte über die Landschaft in der deutschen Kunst, über Daniel Chodowiecki, die Brüder von Tief, Hans Lemming und Max Liebermann gearbeitet), nicht nur seiner ausgesprochenen Schulung (die er sich in Umkreise der Berliner Museen und auf ausgedehnten Reisen erworben hatte), nicht nur die Erfahrung, daß er als geborener Danziger bereits Übungen zum Oft mitschrieb, sondern vor allem seiner Persönlichkeit. Kaemmerer war ein Beispiel dafür, daß in der Kunst nicht das Wollen, das man erlernen kann, sondern das rechts Empfinden und Zählen, das er geboren ist, muß, das Ausfließende ist. Und er hatte es ver-

standen, bei dem damaligen schwierigen persönlichen Verhältnissen in den aufstrebenden Verwaltungsstellen sich durchsetzen und sich die nötige Erfahrung sammeln. Der Kampf, den er für die Nutzungen seines Amtes, so wie er es sah, zu führen hatte, war oft ein Kampf gegen Windmühlen; aber doch er ihn dann Siegkraft und diplomatisches Geschicklets siegreich bestand, brachte seinem Amt und Museum den Erfolg. Das bei ihm vorhergehende Interesse für die allgemeine und seine Kunst übernahm das für die heimatkundlichen Sammlungen der Vorgeschichte und Naturkundehaushalt und erregte bei Anderen denkenden Museumsleuten und Kritikern. Aber er drang auch hier durch mit seiner Anliegen, daß gerade in der in der Kunstsammlung zurückgebliebenen Provinz das Museum nicht nur die Vergangenheit pflegen dürfe, sondern den Blick auf Gegenwart und Zukunft und auf die ganze Kunst Deutschland und auch teilweise des Auslandes lenken müsse, wenn eine Erziehung zur Kunst erreicht werden sollte. Darin unterstellt er, daß nicht nur die Gemäldesammlung des Grafen Alfonso Xacunski, die als Grundstock des neuen Museums aus der Berliner Nationalgalerie nach Polen übergeschafft war, sondern in diesem Sinne ließ er sich die Vermehrung der Bestände an Gemälden, Plastiken und kunstgewerblichen Stücken angeleiten sei, ebenso den Ausbau einer Sammlung von Gipsabgüßen von Kunsterwerken aller Zeiten. Seine Verbindung mit der Kunstsammlung war ihm hierbei sehrförderlich und führte dem Museum wertvolle Leihgaben und Schenkungen zu. Dafür er daneben ein ehrlicher Pfleger der Polnischen Kunst wurde, beweisen seine herausragenden Berichte, die er als Konferentor über die Denkmalspflege in der Provinz veröffentlicht hat, und sein erläuternder Text zu dem von Paul Graef herausgegebenen Illustrationswerk „Die wichtigsten Baudenkmäler der Provinz Posen“ (1909). In den Kunstausstellungen, die er zielvoll und mit seinem etlichen Geschmack veranstaltete, ließ er auch die Heimatkunst zur Geltung kommen. Seine Wirklichkeit als Kunstsammler war so ausgreifend gewesen, daß der anfänglich als übertrieben groß angesehene Bau 1911 schon am Raumangeln litt und Roemerter an eine Trennung der landeskundlichen Sammlungen von denen der reinen und angewandten Kunst dachte. Wäre nicht der politische Umsturz gekommen, er hätte auch die Schönheiten, die sich ihm hier aufgetragen hätten, siegreich überwunden.

1919 wurde Roemerter Direktor der Sammlungen auf der Veste Coburg, und 1931 trat er in den Ruhestand, den er in Coburg genutzt.

Georg Minder-Ponet.

Graf von Degenfeld-Schonburg,

der Landrat des Kreises Reichenbach (Schlesien), ist zum kommissarischen Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien ernannt worden. Die Nachwahl kann wohl überstellt werden. Der neue Oberpräsident von Lieberose hat seine Amt sofort angetreten. Vordat Graf Degenfeld-Schonburg im 3. Februar 1878 als Sohn des verstorbenen Majors von Degenfeld-Schonburg in Ludwigsburg in Württemberg geboren. Im Januar 1907 kam er als Amtsselbst nach Reichenbach. 1912 wurde er als kommissarischer Landrat nach Reichenbach berufen. 1915 wurde er als Landrat des Kreises Reichenbach angeliefelt. Seine ganze Arbeitskraft widmete er dem Kreis, und seine Fähigkeiten und seinen besten Willen leiste er rücksichtslos für den ihm unterstehenden Kreis. Er hatte eine ganze Reihe Ehrenämter inne. So war er Vorsitzender des mittelschlesischen Landkreistages, Vorsitzender des kommunalen Arbeitsverbundes, Mitglied in verschiedenen Aufsichtsräten usw. Er ist parteilos und allgemein als ein gerechter Vorsteher geliebt. Graf Degenfeld ist evangelischer Konfession und mit der Tochter des früheren Staatsministers Steinbeis von Berlepsch verheiratet.

Der neue Oberpräsident von Oppeln.

Mit der Verwaltung des Oberpräsidiums in Königsberg wurde Regierungspräsident o. D. Dr. Wilhelm Rüdiger abgetrotzt. Er ist als Sohn eines bekannten pommerschen Landwirts am 26. Dezember 1876 in Bütow, Kreis Stolp, geboren. Er erhielt seine Ausbildung als Verwaltungskommissar bei den Regierungen in Trier und Potsdam. Als Student hat er in den Jahren 1907–14 im Kreise Lauenburg in Pommeria gewirkt und ist dort besonders durch seine Betätigung in dem Siedlungs- und Meliorationsgeschäft bekannt geworden. Aus dem Kreis Lauenburg wurde er zur Verwaltung des landwirtschaftlichen Kreises in das Preußische Ministerium des Innern berufen, um nach dem Kuffensellbst mit der Bearbeitung des Wiederaufbaues der Provinz Oppeln zu betraut und zum Ministerialkommissar bei der Kreisgehilfenkommission in Königsberg bestellt. Während der folgenden Kriegszeit lag sein Arbeitsgebiet in der Kriegsmarschhalle; nach dem Zusammenbruch hatte er als Personalsefer der Demobilisierung der preußischen Verwaltungsbemühungen durchgeführt. Im April 1919 wurde er zum Regierungspräsidenten in Hildesheim ernannt und im Juli 1922 mit einer größeren Anzahl höherer Staatsbeamten in den einzuweisenden Ruhestand versetzt. Seit dem 1. April 1923 läuft Präsident Rüdiger als geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Gesellschaft des Deutschen Landwirtschaftsrates, über dessen Tätigkeit im letzten Jahrzehnt er auf der letzten Volksversammlung einen umfassenden Bericht erboten hat. Als Mitglied des Reichswirtschaftsrates hat sich Dr. Rüdiger häufig als Berichterstatter in landwirtschaftlichen Sitzungen vertreten.

Neue Beamte im Osten.

Regierungspräsident Ellinghaus in Gumbinnen wird benannt, mit der vertretungswise Verwaltung der Stelle wird Ober-

regierungspräsident von Braumüller in Allenstein beauftragt.— Der Oberregierungspräsident bei der Regierung in Breslau, von Hößmann, wird zum Regierungspräsidenten in Marienwerder ernannt. Seine Nachfolger werden ernannt die bisherigen kommissarischen Polizeipräsidienten in Königsberg, Landrat Becker, und in Elbing. Oberregierungspräsident von Königsberg ist Dr. von Bahr, der seit 1923 zum Kurator der Universität Breslau ernannt. — Der Generalstaatsanwalt und Präsident des Staatspolizeiungsamts in Marienwerder, Böhmian, wird als Generalstaatsanwalt an das Oberlandesgericht in Düsseldorf, der Oberstaatsanwalt Janzen in Ahlen an seine Stelle nach Marienwerder versetzt.

Weiter hat das preußische Staatsministerium in seiner Sitzung vom 4. Oktober 1932 folgende Personalveränderungen beschlossen: Zum kommissarischen Regierungspräsidenten in Stettin wird der Landrat in Godesberg Göppert ernannt. — Der Regierungspräsident Wagner in Breslau wird beurlaubt. Mit der vertretungswise Verwaltung der Stelle des Vizepräsidenten der Regierung in Breslau wird der Oberwirtschaftspräsident der Regierung in Schneidemühl beauftragt. — Zu kommissarischen Polizeipräsidienten werden ernannt: In Oppeln der Regierungspräsident beim Oberpräsidium in Breslau Dr. Horstmann, in Gleiwitz der Landrat des Kreises Zülkendorf, Wackerzapp. — Der Polizeipräsident in Gleiwitz, Dahn, wird in gleicher Anteignenschaft an das Polizeipräsidium in Harburg-Wilhelmsburg versetzt. — Der kommissarische Polizeidirektor in Schneidemühl, Regierungspräsident Möck, wird zum Polizeidirektor in Schneidemühl ernannt. — Mit der vertretungswise Verwaltung des Landratsamtes in Weizenen wird der aufgerückt mit der Verwaltung des Polizeipräsidiums in Oppeln beauftragte Regierungspräsident Hüter beauftragt.

Der Chirurg Prof. Hermann Küttner †.

Am heutigen 6. Geburtstag, am 12. Oktober, ist der Breslauer Ordinarius der Chirurgie, Prof. H. Küttner, in der Klinik seines Sternes, des Prof. von Romberg in München gestorben. Er habilitierte sich 1897 in Tübingen für Chirurgie, bereits im Alter von 34 Jahren wurde er Ordinarius. 1902 wurde er als Nachfolger von Dr. auf den durch Militärkrankheit geretteten chirurgischen Lehrstuhl in Breslau berufen. Er hat sich vor allem um die Kriegs chirurgie, große Verdienste erworben, als Leiter des von Prof. Anton Kreuz ausgestalteten Kriegsoperaussetszung, ging er 1897 in den gleichzeitig südkalifornischen Feldzug und 1899/1900 in den Balkankrieg, gleich nach seiner Rückkehr übernahm er die Leitung des Polen-Kreis-Daiwerts während der schlesischen Wirren in Częstochowa; den Weltkrieg machte er als beratender Chirurg mit und wurde zweimal verwundet. Er war Herausgeber der „Deutschen Chirurgie“ und anderer fachwissenschaftlicher Werke.

Prof. Ernst Muko †.

Im heutigen 10. Geburtstag, am 12. Oktober, ist der berühmte Kenner der wendischen Volkskunde und Sprachforschung im 78. Lebensjahr sein Hauptwerk in das „Wiederlauffähige Wörterbuch“.

Sanitätsrat Dr. Ludwig Kantorowicz †.

Am 6. Oktober starb in Breslau der bekannte Frauenarzt Dr. Ludwig Kantorowicz, Kantorowicz wurde am 8. August 1869 als Sohn des Polener Kommerzienrates Kantorowicz geboren. Er besuchte das Polener Friedrich-Wilhelm-Gymnasium und studierte danach an den Universitäten von Berlin, Frankfurt a. M. und Breslau. Er war Assistenzarzt bei Weisiger in Frankfurt a. M. und bei dem Frauenarzt an der Universität Breslau, Dr. Küttner. Im Jahre 1890 machte sich Dr. Ludwig Kantorowicz in Polen selbstständig. Während des Krieges war er Leiter eines Lazaretts als Oberstabsarzt, später wurde er dann Generaloberarzt. Er war Ritter verschiedener Orden, u. a. befahl er das Ehrene Kreuz I. Klasse. Dr. Kantorowicz vermählte sich im Jahre 1900. Der Ehemann starb entzweit.

Dr. Heinrich Michaelis †.

In Wilmersdorf, Breitensee Str. 16, ist am 8. Oktober nach langem schweren Leben der Begründer und bisherige Vorsteher der Gemeinnützigen Vereinigung zur Pflege Deutscher Kunst, E. B., Johann Michaelis, gestorben. Er ist 48 Jahre alt, gestorben. Er ist sein Vater, Simon Michaelis, der ebenfalls Jacobsohn war und ein Alter von 80 Jahren erreicht hat, vier Wochen später dessen Tod in das Grab nachgeföhrt. Dr. Heinrich Michaelis war ein leidenschaftlicher Musikfreund, der sich auch um unseres Olmarks durchwegs Verdienste erworben hat, doch er durch die von ihm gegründete Gemeinnützige Vereinigung zur Pflege Deutscher Kunst, E. B., Berlin W. 3, Wittenstr. 37, in zahlreichen Städten unserer Provinzen Musikabende (Konzerte und Opernaufführungen) veranstaltete, die immer hohe und tiefe Kunst boten und bei den Probeaufführungen in Berlin und an die Anerkennung der hauptstädtischen Presse fanden. Wir hoffen, daß die erwähnte Vereinigung, deren zweiter Vorsteher Herr Stadtrat Schneider ist, auch in Zukunft unsere Aufführungen mit guten Musikausführungen begleiten wird.

Polizeirat Göcke,

der Leiter der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums Berlin, früher in Posen, ist im Berlaufe der politischen Umstellung im Berliner Polizeipräsidium seiner Stellung entzogen und wieder zum Leiter des Ständenamtes beim Polizeipräsidium, das ihm schon früher unterstellt war, ernannt worden. Sein Nachfolger ist Oberregierungspräsident Ernst Kreischmar, der seit 1914 dem Berliner Polizeipräsidium

angehört und vorher im Polizeipräsidium Bochum und dann im Preußischen Innenministerium tätig war.

40jähriges Amtsjubiläum des Pfarrers Richard Hörn-Dobrake.

Am 2. Oktober feierte Pastor Richard Hörn in Döbenke, Kreis Wirkwitz, der seit 1918 in dieser Gemeinde tätig ist, sein 40jähriges Amtsjubiläum. Er hat nach dem polnischen Umbruch trotz seines vorgerückten Alters noch die polnische Sprache erlernt, die er gut beherrscht. Er selbst ist der Sohn eines polnischen Pfarrers. Von seinen fünf Kindern ist ein Sohn ebenfalls Pfarrer geworden, während ein weiterer Sohn und eine Tochter ihm treulich in der Gemeindearbeit beistehten.

*

Sein 25jähriges Vereinsjubiläum feierte Oberfeuerwehrmann Adolf Bartsch, Holla a. d. S., (B. war 13 Jahre in Polen und seit 1920 bei der Berufsfeuerwehr Halle in Dienst, B. ist Vorstandsmitglied der Ortsgruppe Halle L.)

Ehrenamung: Der Greifswalder Bibliothekar Dr. Meun wurde als Nachfolger von Dr. Jösef Dautel zum Direktor der Greifswalder Universitätsbibliothek ernannt. — Die Leitung des Kulturmuseums Küstrin ist der Regierungs- und Kulturrat P. Ebel in Oels übertragen worden, bis Ende Oktober wird vorerst vertragsmäßige Regierungs- und Kulturrat Buerken aus Greifswald die Geschäfte führen. Das bisherige Leiter des Kulturamtes Berlin, Regierungs- und Kulturrat Kortens, der in den Aufschluß tritt, hat sich in einem Schreiben an Herrn Dr. Schmid von der Siedlungsgelehrte Deutscher Ostbund verabschiedet, in dem er für das jederzeit entgegenkommende gute Zusammenarbeiten dankt.

Dr. Kurt Maiwald, Privatdozent an der Breslauer Universität, ist zum Professor für Pflanzenernährungslehre an der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim bei Stuttgart ernannt worden.

Das Oberverwaltungsgerichtsrat wurde erneut Oberlandesgerichtsrat Dr. Trege in Marienwerder.

Geboren: Eine Tochter Professor Dr. med. Romis und Frau Hubelle geb. Rieck, Frankfurt a. O.

Bernählt: Dr.-Ing. Oskar Göhrde, früher in Wollstein i. P., jetzt Berlin-Riederschenhausen, Moltekestr. 30, mit Fr. Elsa Schütt, Berlin.

Silberhochzeit: Schneidermeister Hermann Rosenthal und Frau Meta, geb. Rosenburg, früher Rogatz (Polen), jetzt Schwanebeck in Meklenburg, Wallstraße 13, am 20. 10.; Schneidermeister Adolph Vittner nebst Ehefrau, Russel, Schuhmühlplatz 3 (früher Kaliskau)

am 13. 10.; Obersteuerinspektor Karl Janotte und Ehefrau Elisabeth, geb. Lodi, früher Raufeld, B. Pinne und Lissa i. Polen, jetzt in Hannover, Jorckstr. 12 (Mitbegründer und langjähriger Schachmeister der Ortsgruppe Hannover); Pfarrer Wilhelm Willigmann am 13. 10. und seine Gattin Margarete, geb. Schaff, früher Lissa, jetzt in Königsberg, Pöhlstr. 1, am 15. 10.; Pfarrer Willigmann amtierte über 1½ Jahrzehnte in Lissa und war noch der Abtrünnung Polens an Polen auch Geschäftsführer des Deutschnationalbundes, dabei den Polen ein Dorn im Auge, so daß er schließlich im Jahre 1924 die ihm lieb gewordene Stadt Lissa fluchtartig verlassen mußte. Er wurde als Pfarrer der Sachsenheim Kirche in Königsberg gesandt. Als einer der tapfersten Befreier und Kämpfer für das Deutschland übernahm Pfarrer Willigmann den Vorstand unserer Ortsgruppe und wurde gleichzeitig Kulturstifter des Landesverbandes Oberschlesien. Als solcher hat er wiederholter, hinzuhende Vorträge auch in den Ortsgruppen der Provinz gehalten. Frau Pfarrer Willigmann, die ehem. arme deutsche Gram und Mutter, ist neben ihrer ragen abremmlichen Tätigkeit als Leiterin der kirchlichen Frauengruppe und des evangelischen Arbeitserinnerungsvereins ihrer Gemeinde, Jossa gesetzte und geachtete Rednerin im Schulverein und anderen sozialen Vereinen auch Vorsitzende unserer mutigen Frauendienstgruppe.)

Bejahte Ohnmäcker: Frau Augusta Niedel in Schneidemühl am 18. 9. 93; Frau Anna Heymann, Berlin NW 40, Lehter Straße 45, früher Bromberg, langjähriges Mitglied der Orts- und Frauengruppe Berlin-Nord, am 4. 10. 74 J.; Frau Rosina Stein, geb. Stoka, früher Polen, in Brandenburg, Kreis Adenau, jetzt bei ihrem Schwiegereltern, Polizeihauptmann Job Junda in Seidenberg, bei Gründung der Ortsgruppe deren Rosenmarkt ist, am 9. 10. 80 J.; Richard Kuhlmann, Berlin-Mariendorf, Prinzenstr. 13, früher Culm, am 5. 10. 60 J.; Oberlandesgerichtsr. Dr. Friedrich Gaedke in Bünzlau, Pappelstr. 13, früher Bromberg, am 6. 10. 73 J.; Häusler Martin Pohl in Mittelau 36, Rts., Bünzlau, früher Reugau bei Schmiedeberg, Prov. Polen, am 4. 10. 65 J.

Geforben: Bernd Marie Spickermann, Meiningen, Landsberger Str. 12, früher Polen, Colomblstr. 21, am 11. 10. 85 J.; Schuhmachermeister Hermann Zielaff in Groß-Hohendorf/Ostpreußen, früher Elmen a. Be., Kreis Bromberg, am 5. 10.; Schuhfaktor Ullmann im Hohberg, früher Bromberg und Karlsruhe, am 5. 10. 84 J.; Pastor L. Edward Schankel in Leubek am 21. 9. (Sohn von Schrift- und Kunstfotografen der ältesten Ortsgruppe des D. O.); Fleischhauermeister Otto Radol, früher Bromberg, in Riel am 30. 9. 85 J. 18. war das älteste Mitglied der Ortsgruppe; der Fleischhauermeister Otto Steinke

Künstlerisch vollendet

find auch die neuen Uniformbilder, die jetzt den Packungen unserer aus Gründen vorzüglicher Beliebtheit stärkerlich verlangten Zigaretten beigegeben. Sie sind, gleich den fröhlichen, von einem bekannten Malermeister entworfen und bringen uns das ehrwürdige

Zeitalter der
Deutschen Freiheitkriege

nahe. Soviel damit, wie mit unserem aufzüglichen Verstehen, dem Zigarettenkennner nur das Edelste zu bieten, verstärkt sich unter vielbewußter Kampf zugunsten des deutschen Volkswirtschaft gegen Tunkt und Konzern. Deutscher Raucher, bleibe wach und wähle:

Trommler 3½ Allem 4
Sturm 5 Neue Front 6

In allen Packungen liegen wertvolle Gutscheine.
Sturm-Zigaretten G.m.b.H., Dresden

Unsere Bilder-Tausch-Zentrale,
Dresden-A., Schloßstraße 9, tauscht ab
1. Okt. die Uniformbilder der ersten Reihe:
Zeitalter Friedrichs des Großen

aus Budzin, infolge einer Operation im Krankenhaus in Wongromith, am 8. 9. er gebürtige seit 30 Jahren den kirchlichen Körperschaften der ev. Gemeinde Budzin, seit 24 Jahren dem Gemeindedikirchenrat und war seit langem Rendant der Kirchenkasse, hielt Legetotteschesse ab und diente auch sonst in jeder Hinsicht der Gemeinde vortrefflich, so daß Superintendent Hemmerling seiner Ansprache am Große mit Recht das Abwolontat zugrunde legen konnte. „Ein treuer Mann wird viel gegeben.“) Gutsherr Karl Vogt, Pfeifermeister bei Mogilno, am 8. 10. 61; J. Franz Francko Knothe, geb. Seider, in Posen, am 7. 10. 78; J. Polizeiinspektor i. R. Albert Röhr in Stettin, geb. Frankfurt a. O., am 9. 9. 78; J. Lehrer i. R. Hermann Hoffmann, Frankfurt a. O., am 9. 9. 78; J. Zwei jüngste Männer blieben kurzer Zeit hat der Tod die weit über die Grenzen von Polen bekannte Familie König heimgesucht: Am 27. 9. starb in Wolkenberg (Reszka) der Kaufmann Bernhard König in den Alter von 65 Jahren; in Posen diente er 18 Jahre beim Grenadierregiment Nr. 6 als Regiments-Schneideimester und betrieb nach seinem Abchied eine Neue Gartnerei und Augusto-Viktoria-Straße ein Herrenbekleidungs- und Militärfesttagsgeschäft, nach seiner Verkrüppung ließ er sich in Wolkenberg nieder, wo er ein Manufakturgeschäft betrieb; der Verstorbene war ein Bruder unseres Landesserverbandsvorsitzenden von Schlesien, H. König in Breslau. *

Aus der uns verbliebenen Ostmark. Aus der Grenzmark Posen-Westpreußen und der mittleren Ostmark.

Landsberg (Warthe). In dem Dorfe Vöhltingshof hat man sich seit Jahr und Tag vergleichlich bemüht, Mittel für eine neue Orgel zu beschaffen. Jetzt hat sich Pfarrer Gerde bereit erklärt, die erforderliche Summe aus eigenen Mitteln bereitzustellen. Die Ewigung soll durch einen Besuch auf das Wohngeld ermöglicht werden.

Außen-Bonifacius. Mit dem Beginn des Oktober erscheint hier eine Zeitung mit dem Kopf „Grenzmark-Bots“. Das Blatt, das dreimal wöchentlich zur Ausgabe gelangt, wird von dem Buchdruckereibetrieb Alster verlegt, der bis zum polnischen Aufstand 1918 in der Stadt Benschen das „Weltpolener Zeitungsbüro“ herausgab.

Aus der uns geraubten Ostmark.

Aus Posen.

Bromberg. Das Gebäude der früheren Bank M. Stadttagen (König Kronstadt) in der Wilhelmstraße ist am 10. August von der Stadtsparkasse käuflich übernommen worden.

Leinwandfeld (Kreis Hohenstein). Durch ein jahnjähriges gesittetes schwaches Kind, das in einer Scheune mit Streichhölzern spielt, entstand am 24. August ein Großfeuer, durch das neun mit Getreide



Am 5. Oktober, abends 6½ Uhr, entstieß nach einem arbeitsreichen Leben infolge Schlaganfalls mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der Schuhmachermeister Hermann Zielaß im Alter von 64 Jahren.

Im Namen der Hinterbliebenen
Frau Berta Zielaß,
geb. Voerte.

Groß-Holzm. den 6. Oktober 1932.
bei Ems (Ostpreußen), früher
Crona a. Br., Kr. Bromberg.

Die Beerdigung hat am Montag, den 10. Oktober, nachmittags 3 Uhr vom Krankenhaus Ems aus stattgefunden.

Ostmark! Trete unserer Ostbundverkasse bei.
Auskunft erteilt die Bundesleitung in Berlin W. 30, Moabitstraße 22.

gefallene Scheunen und Wirtschaftsgebäude verbrannten. Der Schaden wird auf 100.000 Zloty beziffert, während die Versicherungssumme nur 35.000 Zloty beträgt. Die massiven Wohngebäude und eine Mühle konnten erhalten werden.

Stralow. Am 1. Oktober beginnt der Leiter der hiesigen Mittelschule, Rektor Cyskawa, sein 25-jähriges Amtsjubiläum.

Aus Westpreußen.

Gransee. Das bisherige Bezirksgericht verurteilte nach dreitägiger Verhandlung den 59-jährigen vorbestraften Betriebsobmann der polnischen Armee Edwin Thomas Pilt, wegen Spionage zugunsten eines westlichen (?) Nachbarstaates zum Tode durch Erhängen. Serner wurde Pilt die bürgerliche Chronik überkannt. Nach Bekündung des Urteils wandte sich der Betriebsleiter telegraphisch an den Staatspräsidenten, der von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch machte und die Strafe in zehn Jahre Zuchthaus umwandelte.

Ein hervorragender Beweis dafür, daß auch in schwerster Zeit familiärer Loyalität sich durchzusetzen vermugt, ist die Sturm-Zigaretten-Ges.-G.m.b.H., Dresden. Den beispielhaften Aufschwung dieses rein deutschen Unternehmens haben natürlich nur überlegene Fertigung und Schaffensbereitschaft möglich gemacht. Bekanntlich erzeugt das Unternehmen die führenden Zigarettenmarken: Crommel (53 Pf.), Alarm (4 Pf.), Sturm (5 Pf.), Neue Front (6 Pf.) und führt den Packungen wertvolle Gutscheine und prächtige Uniformbilder bei. Ab 1. Oktober erscheint eine neue Reihe von 24 Bildern, die dem ruhmvollen Zeitalter der deutschen Freiheitskriege gewidmet ist. Auch diese meisterhaften Darstellungen stammen von dem bekannten Militärmaler Herbert Knott d. J. und sind in weißer Masse doppelt gezeichnet, jung und alt für die heilen Kinder unserer Vorfäter zu begeistern. Begrußenswert ist, daß die Firmen ebenfalls am 1. Oktober eine Bilderausstellung in Dresden-A. I., Schloßstraße 9, eröffnet hat, die den Sammlern auch als Sofortbillett zur Vergangenheit steht. Alle Kaufanlägen sind nunmehr entweder brieflich oder persönlich dorthin zu richten. Zumächst wird getauflicht die bisherige Bilderausstellung Zeitalter Friedrichs des Großen.

Uhersdorf wickt die Haushalte, welche zum ersten Male Maggi's Würze verwenden und findet, doch schon wenige Croppen genügen, um schwache Suppen und Soßen angenehmlich leckerlich zu machen und um Gemüse sowie Salaten feinen, kräftigen Wohlgeschmack zu verleihen. Es ist deshalb auch nicht zu verwundern, daß selbst Maggi's Würze als das unübertreffliche Küchenhilfsmittel gepriesen wird.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Sie die nicht von der Bundesleitung veranlaßten Ausgaben im Ausgezeigten kann eine Haftung nicht übernommen werden.

**... einige Tropfen
MAGGI's Würze
verbessern
das einfachste Essen.**



Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine!



Hiermit bestelle ich Stück

„Ostdeutscher Heimatkalender 1933“

zum Preise von 1,50 Mark, als Ostbundmitglied 1,20 Mark je Stück.

Zuzüglich 0,15 Mark Porto.

Bezahlung erfolgt: 1. durch Nachnahme, 2. durch Postanweisung, 3. durch Postcheckkonto: Berlin 104 726 (Rücksichtsloses bitte durchstreichen).
Name:
Wohnort: Poststation:
(Name und Poststation genau ausfüllen)

Oftmärker! Provisionsreit!
Glänzende Existenzien!

Anzahl. Kl.

Wichtig verkaufliches Industrie-, Ob-, Geschäftshof-Komplex mit eigener Werkstatt im Bereich von Uml. del. für Restaurations- und Friseurbetrieb Zwecke geeignet 23 000
der Verpachtung: RM. 250-300

Geschäftgrundstück, dank seiner zweckmäßigen Raumteilung für jede Art Subrikation, insbes. Stoffkonfektion-, Kanzlei-, Aluminium-, Zelloidin-Manufaktur etc., geeignet in Herberg u. Gaststätte 10 000
Dampfsägemerk mit Holzbearbeitungsabteil., Holzholzung, Baumaterialien, Oimühle in lebhafter Stadt in der Wiederausflug 20-25 000
Vorstand eines einfach parkähnlichen Gartens mit altem Baumaterial, 3700 m² ausnehmlich Teil des Ortes, vollkommen lärms- und staubfrei, für Arzt mit Klinik oder dergl. geeignet in Cramont (Oberbayern) Preis: 45 000
Anz.: 22 000

Sofort veräußerb., als Sertiheit über dergl. genanntes Baugrundstück in der deutschen Schweiz, Kanton Appenzell Innerrh. Preis: 25 000
Graupappenthaler in der Nähe des Hauptbahnhofes wird unmittelbar an der Ober- in Stettin Preis: 20 000
Anz.: 12 000

Einfamilien-Willa einfach. Gartenland, ca. 6500 qm in lärms- und staubfreier Lage, außerlich verkehrsmäßig in Düsseldorf veräußerb. ob zu verpachtendes Hotelgrundstück, mitten im Zentrum der Stadt, im Brennpunkt des Verkehrs - mit gr. Restaurationsgarten und anderen unbewohnten Gebäuden im Rheinland, Preis u. Auszahlung nach Vereinbarung.

Herrschäftliches Bauernhaus in Tirol, wunderbares Berggründstück, 108 Morgen, sehr zentral, mit Vieh, Inventar und 12 komplett eingerichteten Sämmern Preis: 45 000
Anz.: Übernahme erforderlich.

Willa (Eckgrundstück) inmitten eines parkähnlichen Gartens, vollkommen lärms- und staubfrei, für Arzt mit Klinik, Sanatorium oder dergl. geeignet, in bekanntem Postkod. bei Dresden Preis: 35 000

Bekönnliches vstl. zu verpachtendes Hotelgrundstück in schöner Lage Nebenbau im Zentrum der Stadt, etwa 8 Minuten von der Bahnhofstation entfernt Preis: 30 000

Geschäftgrundstück mit Kolonialwaren- und Delikatessengeschäft in besser Lage Norddeutschens Preis: 12 500

Ville-Projekte kostenlos durch:

K O C H & C o . , Berlin W 35
Börnestraße 1. Tel.: 82 Lützow 5933.

Herrenzimmer

neb. Eide mit faulaf. Raumbauweise, neu bezieh. ans. Büroloftschiff, 250 cm breit, Dipl.-Schreibtisch, rund. Tisch, 2 Stühle, Schreibfessel, 275 RM.

Einrichtungen GmbH
Berlin-Halensee,
Kurfürstendamm 138.
Brabant 4077.

Ein schönes

Geschäftsgrundstück
geeignet jed. Branche, mit großem Hof und Lagerräume u. schöner Wohnung in Kleinstadt N. Schle. an der Hauptstraße gelegen, idei. unter günstigen Bedingungen zu verkaufen oder zu verpachten.

Landwirtschaft

20 Morgen, in sehr gutem Zustand, m. lebendem Inventar, u. totem Inventar für 9000 M. zu verkaufen. Ausnutz. erzielt Alois Rübenwald, Rübenwald, Kreis Luben.

Pr. Klass. Lotterie
Lose 1. Kl.

Lüdlich Stadt, Lotterie-Einnahme
Stettin, Auguststr. 8
(früher Hohensalza.)

Villengrundstück

in Oberswalde, 2 Zimmer, beste Lage. Erforderlich 10000-12000 M.

Landgasthof

Seal, zwei Gastrimmer, zwei Privatimmer, zwei Fremdzimmer, 4 Morgen Acker, Stallung, Hauptdurchgangsstraße. Erforderlich 4000-5000 M.

Kuhstall

15 Kühe, 20 Jahre in einer Hand, Preisforderung 6000 M. Auch Hypothekenbrief kann in Zahlung gegeben werden.

Pachtlandgasthof

Seal, zwei Gastrimmer, zwei Privatimmer. Erforderlich für Invent. 1500 M.

Pachtlandgasthof

4500 M. versteigerter Umlauf mit Kino, Seal für 700 Personen. Erforderlich 4500 M.

Pachtbäckerei

Lebhafte Stadt, Doppel-Unterzug-Ofen, sämliche Maschinen. Beihängt sind 4 Säcke. Zur Übernahme erforderlich 1600 M. für Kauft. Wohnung vorhand.

Landwirtschaften. Geschäfte aller Art.

Märkische Güter-Agentur
Heringhausen & Mutschler,
Eberswalde,
Eisenbahnstraße 40. Fernruf 469.

Preuß. Staatslotterie

Ziehung 1. Klasse am 21.22. Oktober.

Folgende Glückszahlen halte ich für meine Landsleute reserviert:

Achtellose à 5 RM.: 129907, 120043, 144136,
343596, 363060.

Viertellose à 10 RM.: 31312, 31338, 92383,
214418.

Halbe Lose à 20 RM.: 40701, 350999, 376659.
Ganze Lose à 40 RM.: 100026, 221180, 247666,
249441.

Bitte bestellen Sie sofort! Zahlung erst am 20. Oktober erforderlich.

Dr. Dütsche

Staatliche Lotterie-Einnahme

Berlin W 30, Gelsbigerstr. 8-9
Postleitzettel: Berlin 35222**Aufbaukredit**

für Grenz- u. Auslandsdeutsche G.m.b.H.
(Geschädigtenhilfe des Deutschen Ostbundes)

Berlin W 30, Moabitstraße 22. Tel. B 5 Barbarossa 9061.

Verwertung von

6% Reichsschuldbuchforderungen
durch Verkauf und Beleihung (im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel)

**Beratung in Vermögensanlagen
und allen Kreditangelegenheiten**

Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte

**Zur
Begehung!**

Dame
Oftmärkerin, Mitte 60, alleinelebend, stattlich, 10 000 M. Vermögen, wünscht wieder Heirat, m. gut situiertem Herrn. Gei. Offerten umt. 2716 an das Objekt erbeten.

Wer kennt
die Adresse des Herrn
Friedrich Med. u. seiner
Ehefrau Emilie Med.,
sollte wohnhaft in
Bückeburg, Kreis
Wolfsburg, Ang. an Land-
wirt Aug. Steinlage,
Eigen, Post Bad Sülfze.

Preuß. Staats-Lotterie

Lose 1. Kl. am 21. und 22. Oktober

Zu haben bei Staatl. Lotterie-Einnahmer

Siwina, Berlin W 35,
Potsdamer Str. 116a,
Ecke Lützowstraße.
Früher in Kattowitz, O.S.

Tel. Lützow 3660.